

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Herbst 2012
Nr. 177, 41. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals Die Grenzen des finanzkapitalistischen Krisenaufschubs und der Irrwitz der „Sparpolitik“



1. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich das Gesicht des Kapitalismus vor allem in einer Hinsicht dramatisch verändert: Noch nie in seiner Geschichte hatte der Finanzsektor auch nur ansatzweise so großes Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft wie in der gegenwärtigen Epoche. In den 1970er Jahren waren Derivate noch so gut wie unbekannt. Heute liegt das Gesamtvolumen allein dieses neuen Typs von Finanzmarktprodukten nach Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bei 600 Billionen Dollar und erreicht damit ungefähr das Fünffache der weltweiten Summe der Bruttoinlandsprodukte. Im Jahr 2011 belief sich der tägliche Umsatz auf den Weltdevisenmärkten auf 4,7 Billionen Dollar. Weniger als ein Prozent ging auf Transaktionen auf den Gütermärkten zurück. Der Kauf und Verkauf von Aktien, Schuldtiteln und anderen Zahlungsverprechen ist ins Zentrum der Kapitalakkumulation gerückt, und die „Realwirtschaft“ ist zu einem bloßen Anhängsel der „Finanzindustrie“ geworden.

Spätestens seit das Platzen der US-Immobilienblase die rasanteste Talfahrt der Weltwirtschaft nach 1930 auslöste, wird diese Entwicklung von allen Seiten vehement beklagt. Die Aufblähung des Finanzüberbaus soll für die Malaise verantwortlich sein. Nach dem Crash von 2008 richtete sich der Zorn vor allem gegen Banken und andere private Finanzmarktakteure, die, wie es hieß, in ihrer „Profitgierigkeit“ risikoblind geworden seien. Mittlerweile hat sich der Fokus zur Staatsschuldenkrise hin verschoben, und es stehen nun verstärkt die angeblich verschwundensüchtigen

staatlichen Kreditnehmer am Pranger. Die Grundvorstellung aber ist hier wie dort die gleiche: Alles träumt von der Rückkehr zu einem „gesunden“, auf „ehrlicher Arbeit“ gegründeten Kapitalismus, einem Kapitalismus, in dem die „Realwirtschaft“ den Ton angibt und die Finanzwirtschaft jene nachgeordnete, dienende Rolle spielt, die ihr die volkswirtschaftlichen Lehrbücher andichten.

Gerade in der Krise treten die Widersprüche und Verrücktheiten des Kapitalismus schärfer denn je hervor. Das herrschende Denken jedoch

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals	S. 1
Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil III und Schluß	S. 6
Türkei, Träume von der Hegemonie	S. 11
BergarbeiterInnenstreik in Nordspanien	S. 13
Keine Bremse für die Gier – Agenda 2020 muss her!	S. 17
Rosa Luxemburg und die Bremer Linke	S. 19
Rezensionen	S. 29

In eigener Sache

Der Fortgang der Krise des Kapitalismus entscheidet über unser Schicksal. Die Begriffe Immobilienkrise, Bankenkrise, Währungskrise, Verschuldungskrise, Rezession – die Hiobsbotschaften jagen um die Welt. Die Verzögerung, die Deutschland noch vor schweren politischen Erschütterungen verschonte, kann den allgemeinen Gang der Niedergangsentwicklung nicht aufhalten; sie kann nur hinausschieben. So war es schon gespenstisch, als Kanzlerin Merkel an jenem Septembermittwoch aus Anlaß der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts in den Plenarsaal rief: „Das ist ein schöner Tag!“ Das Gericht legte die Garantiegrenze auf die Kleinigkeit von 190 Milliarden Euro fest, obwohl in Wirklichkeit diese Bürgerschaftsgrenze überschritten ist. Die in ganz Europa forcierte Sparpolitik, die die Konjunktur zu erdrosseln droht, wird vor allem auf Betreiben der deutschen Regierung fortgeführt. Da die Massen bei uns real noch nicht so stark betroffen sind, gibt es in Deutschland noch keine militanten Massendemonstrationen wie z.B. in Spanien und Griechenland. Doch zumindest im Denken einer Minderheit unseres Landes hat sich etwas geändert, hat der Kapitalismus an Strahlkraft verloren oder wird als „Raubtierkapitalismus“ in Frage gestellt. Doch die meisten sehen die Ursachen des Debakels eben noch nicht in den Widersprüchen und Gesetzmäßigkeiten des Systems, sondern in der Raffgier von Bankern und Spekulanten oder in Mängeln der Kontrolle durch Staat und Gesetz. Dies richtigzustellen, versuchen

wir im Kleinen mit unseren Artikeln in der *Arbeiterstimme* und auf unseren Seminaren. Die Thematik ist ziemlich kompliziert und manchmal nur schwer zu erfassen.

In der in Wien herausgegebenen Zeitschrift *Streifzüge* haben wir nun einen Artikel gefunden, der einerseits kurz und prägnant die Problematik auf den Punkt bringt und damit zur Klarstellung beiträgt; andererseits soll er Diskussion und Kritik entfachen, wie es bei diesem schwierigen Thema notwendig ist. Die Verfasser Trenkle und Lohoff sind dem Krisis-Kreis zuzurechnen, deren Hauptanliegen die Wertkritik ist. Sie wollen nachweisen, dass die Ursache der gegenwärtigen kapitalistischen Krisen in einem tiefgehenden Wertungsproblem des Kapitals liegt, also in einer Überakkumulationskrise. Mit manchen allzu apodiktischen Aussagen der Verfasser stimmen wir allerdings nicht überein.

Die Buchrezensionen eines Schweizer Genossen behandeln das neueste Werk von Wolfgang Fritz Haug: „*Hightech-Kapitalismus in der großen Krise*“ sowie das neue *Argument*-Heft, das sich mit China befaßt.

Mit dem 3. Teil endet unsere Serie „*Die gefrorene Revolution*“ über Entwicklung und Lage in Nordkorea. Diesmal geht es darum, wie es dort weitergeht. Im 2. Teil seines Türkei-Artikels befaßt sich der Autor mit der politischen Lage.

„*Rosa Luxemburg und die Bremer Arbeiterbewegung*“ lautet der Titel einer Studie von Prof. Jörg Wollenberg. Sie befaßt sich mit dem ambivalenten Verhältnis der jeweiligen

Akteure in der entscheidenden Zeit um den 1. Weltkrieg, das bis heute wissenschaftlich kaum erforscht wurde. Die Auswirkungen waren aber bis weit ins 20. Jahrhundert zu spüren. Einige grundsätzliche Fragen des Sozialismus/Kommunismus werden hier angeschnitten.

Die Herausgeber des Buches von Richard Müller über „*Eine Geschichte der Oktoberrevolution*“ erläutern ihr Anliegen. Das Buch ist eine der wichtigsten Quellen zu diesem entscheidenden Zeitabschnitt. Wir weisen deshalb noch einmal darauf hin.

Zur innenpolitischen Situation erhielten wir eine Zuschrift zu den neuesten unsozialen Vorhaben der herrschenden Klasse und eine zum Arbeitskampf der Flugbegleiter.

In der *Arsti* Nr. 176 ist dem Autor leider ein Versehen unterlaufen: Auf Seite 33 hieß es: „*Dazu Angehörige der Demokratischen Mitte wie Adam Trott zu Solz ...*“ Gemeint ist jedoch sein Bruder Werner Trott zu Solz!

Wir bedanken uns wieder bei den Spendern und Abozahlern, die mit dazu beitragen, dass die Zeitschrift in diesem Umfang erscheinen kann.

Am 27./28. Oktober findet die 41. Jahreskonferenz der *Gruppe Arbeiterstimme* in Nürnberg statt. Die voraussichtlichen Themen sind:

- Zur Lage der Gruppe
- Krise des Kapitalismus – Beispiel Griechenland – Beispiel Spanien
- Die Lage in England

Näheres über die Gruppenadresse oder tel. 0911/5180381 (abends)

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

will davon nichts wissen und redet nur von angeblichen „Fehlentwicklungen“ und „spekulativen Übertreibungen“ in einer besonderen Abteilung des Systems. Das aber kommt nicht nur einem Generalfreispruch für die angeblich alternativlose marktwirtschaftliche Ordnung gleich, sondern verbindet sich reibungslos mit einer Personifizierung der gesellschaftlichen Übel, die den „Bankern“ und „Spekulanten“ – wenn nicht gleich „der amerikanischen Ostküste“ – angelastet werden. Die überall grassierende einseitige Kritik am Spekulationskapital und an den sich immer höher türmenden Schuldenbergen ist aber nicht nur ideologisch verquer bis gemeingefährlich, sie stellt gleichzeitig den realen ökonomischen Zusammenhang auf den Kopf. Dass die manifesten Krisenschübe von der Finanzsphäre ihren Ausgang nehmen, heißt in keiner Weise, dass dort die grundlegenden strukturellen Krisenursachen zu suchen sind.

Die Verwechslung von Auslöser und Ursache ist keine Erfindung unserer Tage. Schon 1857 beim ersten großen Weltmarktcrash machten solche Pseudoerklärungen die Runde. Ein gewisser Karl Marx spottete damals: „Wenn Spekulation gegen Ende einer bestimmten Handelsperiode als unmittelbarer Vorläufer des Zusammenbruchs auftritt, sollte man nicht vergessen, daß die Spekulation selbst in den vorausgehenden Phasen der Periode erzeugt worden ist und daher selbst ein Resultat und eine Erscheinung und nicht den letzten Grund und das Wesen darstellt. Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen von Industrie und Handel durch Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansahen.“ (MEW 12, S. 336)

2. Die kapitalistische Produktion verfolgt nur einen Zweck: die Verwandlung von Geld in mehr Geld. Kommt dem Kapital die Aussicht auf Verwertung abhanden, hört es auf Kapital zu sein. Deshalb ist das kapitalistische System zur Expansion verurteilt. Es muss sich immer neue Verwertungsfelder erschließen, immer mehr lebendige Arbeit einsaugen und immer höhere Warenberge auftür-

men. Schon im 19. Jahrhundert kam es immer wieder zu Unterbrechungen dieses Ausdehnungsprozesses. Gemessen an den aufgehäuften Massen von Kapital herrschte periodisch Mangel an profitablen „realwirtschaftlichen“ Anlagemöglichkeiten. So oft sich solche Überakkumulationskrisen anbahnten, drängte verstärkt Kapital in den Finanzüberbau, wo es sich eine Zeitlang als „fiktives Kapital“ (Marx), also durch die Akkumulation von



monetären Ansprüchen, vermehren konnte. Erst wo diese Kapitalvermehrung ohne Verwertung an ihre Grenzen stieß, kam es dann zu manifesten Krisenschüben.

Im Krisenprozess unserer Tage wiederholt sich dieses Grundmuster – allerdings in ganz neuen Dimensionen. Schon die zeitliche Dauer spricht Bände. Einst ein kurzfristiges, höchstens ein bis zwei Jahre währendes Phänomen am Vorabend der zyklischen Kriseneinbrüche, ist die Vermehrung des fiktiven Kapitals zum Hauptmerkmal einer ganzen Epoche geworden. Seit den frühen 1980er Jahren nimmt die Gesamtmasse an auf den Finanzmärkten gehandelten Eigentumstiteln ununterbrochen und exponentiell zu. Zwar wechselten die primären Träger dieser Dynamik mehrfach (Staatsanleihen, Aktien, Hypothekenkredite, Derivate etc.), doch stets bildete die „Finanzindustrie“ das Zentrum, von dem die globale Kapitalvermehrung abhing.

Das kommt nicht von ungefähr. Anders als in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung ist das Ausweichen in den Finanzüberbau in den letzten dreißig Jahren nicht mehr das Resultat eines nur vorübergehenden Fehlens ausreichender realwirtschaftlicher Verwertungsmöglichkeiten. Vielmehr ist seit dem Ende des fordistischen Nachkriegsbooms eine selbsttragende realwirtschaftliche

Akkumulation ein für allemal unmöglich geworden. Denn der enorme Produktivitätssprung im Gefolge der dritten industriellen Revolution führte zur massenhaften Verdrängung von Arbeitskraft aus den wertproduktiven Sektoren und damit zum Abschmelzen der einzigen Grundlage der Wertverwertung: der Vernutzung lebendiger Arbeitskraft in der Warenproduktion. Deshalb kann die globale Akkumulationsbewegung schon seit Jahrzehnten nur weiterlaufen, weil die Finanzsphäre über die fortwährende Erzeugung neuer monetärer Ansprüche zum zentralen Motor der Kapitalvermehrung geworden ist. Gerät dieser finanzindustrielle „Produktionsprozess“ ins Stocken, ist ein katastrophaler Absturz der Weltwirtschaft unvermeidbar.

3. Im gängigen Börsenjargon ist immer wieder die Rede davon, in Wertpapierkursen seien Erwartungen „eingepreist“ und es würde an den Finanzmärkten mit der „Zukunft“ gehandelt. In solchen Formeln scheint – wenn auch unbegriffen – das Grundgeheimnis des heutigen Kapitalismus auf. Bei der Schaffung von Eigentumstiteln geschieht etwas Verrücktes, das in der Welt der realen Güter, des sinnlich-stofflichen Reichtums, völlig undenkbar ist. Sinnlich-stofflicher Reichtum muss vor seiner Nutzung erst einmal vorhanden sein. Noch nie hat beispielsweise ein Mensch auf einem Stuhl Platz genommen, dessen Herstellung erst geplant war. Beim finanzindustriellen Reichtum ist diese zeitliche Logik auf den Kopf gestellt. Noch gar nicht geschaffener Wert, Wert, der möglicherweise nie entstehen wird, verwandelt sich vorab schon in Kapital – in fiktives Kapital. Bei jedem Ankauf von Staatspapieren und Unternehmensanleihen, bei jeder Aktienemission und Schaffung neuer Derivate wird ein in den Händen des Käufers befindliches Geldkapital gegen ein Zahlungsverprechen getauscht. Der Käufer lässt sich auf dieses Geschäft in der Erwartung ein, dass ihm die Einlösung des Zahlungsverprechens später mehr Geld einbringt, als er jetzt für dessen Ankauf an den Verkäufer weggibt. Diese Perspektive macht das Zahlungsverprechen zur aktuellen Gestalt seines Kapitals.

Für die gesamtcapitalistische Reichtumsbilanz ist aber weniger die Einlösung der springende Punkt als vielmehr eine für den Zeitraum zwischen Ausgabe und Einlösung des Eigentumstitels charakteristische Merkwürdigkeit. Solange dieses Zahlungsverprechen gültig und glaubwürdig bleibt, tritt es als Zusatzkapital neben das Ausgangskapital. Das Kapital verdoppelt sich also durch die bloße Schaffung eines verbrieften monetären Anspruchs. Und dieses Zusatzkapital existiert keineswegs nur auf dem Papier als Bilanzposten des Geldkapitalisten, sondern führt ein selbstständiges Leben. In der Gestalt des Eigentumstitels zirkuliert es auf dem Markt und geht genauso in den Wirtschafts- und Verwertungskreislauf ein wie das tatsächlicher Verwertung entstammende Geldkapital. Nicht anders als dieses kann es für den Kauf von Konsumgütern ebenso verausgabt werden wie für Investitionen. Seine Herkunft sieht man ihm nicht an.

4. Im Zeitalter der dritten industriellen Revolution kann der Kapitalismus nur überleben, soweit es ihm gelingt, in immer größerem Ausmaß zukünftigen Wert in die Gegenwart zu pumpen. Deshalb sind die Finanzmarktprodukte inzwischen zum mit Abstand wichtigsten Warentypus geworden. Nur die Verwandlung des Kapitalismus in ein auf der Vornahme von Wert beruhendes System hat ihm in den letzten drei Jahrzehnten einen neuen Entwicklungsspielraum verschafft, obwohl die Wertbasis permanent schrumpft.

Doch die finanzindustrielle Expansion stößt zunehmend an ihre Grenzen. Keinesfalls ist die „Resource Zukunft“ so unerschöpflich, wie es scheinen mag. Logisch ergibt sich dies daraus, dass die Akkumulation von fiktivem Kapital durch finanzindustrielle Spiegelungen gegenüber der auf Wertproduktion beruhenden Kapitalakkumulation einige Besonderheiten aufweist. Eine wurde schon genannt: die begrenzte Lebensdauer dieser Art von Kapitalvermehrung. Mit der Einlösung von Eigentumstiteln (der Tilgung eines Kredits, der Fälligkeit eines Futures etc.) verschwindet auch das durch sie repräsentierte fiktive Zusatzkapital

wieder im Orkus. Dieses muss erst einmal durch neue Eigentumstitel ersetzt werden, bevor es zu einer Expansion kommen kann. Daher kann die Produktion von Eigentumstiteln die Rolle des Ersatzmotors für den kapitalistischen Gesamtbetrieb nur ausfüllen, wenn der Ausstoß dieser Art von Waren sehr viel schneller wächst als die Produktion in den realwirtschaftlichen Schlüsselbranchen früherer Epochen. Sie unterliegt einem potenzierten Wachstumszwang, weil sie nicht nur immer wieder frischen zukünftigen Wert vorabkapitalisieren, sondern auch noch rastlos Ersatz für die auslaufende vergangene Wertantizipation schaffen muss. Dass sich das fiktive Kapital jahrzehntelang explosionsartig vermehrt hat, war also keine Fehlentwicklung, die sich zurückdrehen ließe; für einen Kapitalismus, der auf dem Vorgriff auf zukünftige Wertproduktion beruht, war es systemnotwendig.

Je schwerer die Last der schon vorab verbrauchten kapitalistischen Zukunft aber wird, desto schwerer fällt es auch die Dynamik der fiktiven Kapitalschöpfung in Gang zu halten. Das gilt umso mehr, als das Ansaugen zukünftigen Werts nur dann funktioniert, wenn die angebotenen Eigentumstitel sich auf realwirtschaftliche Hoffnungsträger beziehen, die zukünftigen Gewinn versprechen. Unter den Reaganomics waren dies vornehmlich US-Staatsanleihen, in Zeiten der New Economy Aktien von

Internet-Unternehmen und in den Nullerjahren die scheinbar endlos steigenden Immobilienpreise. Fehlen aber solche Hoffnungsträger, stößt der auf der beständigen Neueinspeisung künftigen Werts beruhende Kapitalismus an seine Schranke.

Dieser kritische Punkt ist inzwischen erreicht. Zwar ging auch nach dem Einbruch von 2008 die Expansion der finanzindustriellen Produktion weiter; aber diese Dynamik wird nicht mehr von privatwirtschaftlichen Gewinnhoffnungen in irgendwelchen Wachstumssektoren getragen, sondern von den staatlichen Haushalten und den Zentralbanken. Im Bemühen, den augenblicklichen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern, hat die öffentliche Hand als traditionell verlässlichster aller Schuldner die Altlasten übernommen. Noch einen Schritt weiter sind die Zentralbanken gegangen. Sie gewähren nicht nur den Geschäftsbanken in einem historisch beispiellosen Umfang Kredite zu faktischen Nullzinsen, sondern fungieren außerdem noch als „Bad Banks“, als Sondermülldeponien der verbrannten kapitalistischen Zukunft. Zum einen akzeptieren sie als Sicherheit bei ihrer Kreditvergabe auf dem Markt nicht mehr absetzbare Eigentumstitel, zum anderen kaufen sie zur Refinanzierung der öffentlichen Hand Anleihen ihrer eigenen Staaten an. Der Krisenprozess lässt sich mit solchen Maßnahmen auf Dauer selbstverständlich nicht stoppen, er

Anzeige



Ernst Lohoff / Norbert Trenkle (Gruppe Krisis): *Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind.* UNRAST Verlag, Münster 2012, br., 304 Seiten, 18 Euro.

Im globalen Finanzmarktcrash entladen sich die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Der akute Krisenschub nimmt zwar von den Finanzmärkten seinen Ausgang, die Ursachen liegen aber tiefer. Was Marx anhand der Krisen des 19. Jahrhunderts nachgewiesen hat, gilt erst recht für das Weltwirtschaftsbeben unserer Tage. Ernst Lohoff und Norbert Trenkle zeichnen die Geschichte und das Ende des finanzkapitalistischen Krisenaufschubs nach und zeigen, warum die Weltgesellschaft für die armselige kapitalistische Produktionsweise längst zu reich ist und warum sie auseinanderbrechen und in Elend, Gewalt und Irrationalismus versinken muss, wenn sie dies nicht überwindet.

wird nur verlagert und gewinnt eine neue Qualität.

5. Für die längerfristige Entwicklung ist die Mutation der Zentralbanken zu „Bad Banks“ entscheidend. Denn die Währungshüter können zwar durch den Aufkauf notleidender Eigentumstitel die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung einstweilen aufrechterhalten, aber nur, indem sie ein riesiges Inflationspotential aufstauen. Die Entwertung des fiktiven Kapitals muss früher oder später auch in den USA und Europa in eine Entwertung des Geldmediums umschlagen. In China deutet sich dieser Prozess bereits an.

Prägender für die augenblickliche Situation ist freilich der paradoxe Doppelkurs aus Sparpolitik und Verschuldung, den die Regierungen der führenden kapitalistischen Länder eingeschlagen haben. Um Kreditwürdigkeit zu demonstrieren und sich auf den Finanzmärkten frisches Geld besorgen zu können, werden massive Sparanstrengungen für die Zukunft beschlossen. Bezeichnend dafür ist die in Deutschland mitten im Krisenjahr 2009 von allen großen Parteien beschlossene „Schuldenbremse“ ab 2016, die inzwischen nach halb Europa exportiert wurde. Es ist jetzt schon klar, dass sie zum gegebenen Zeitpunkt wieder ausgebaut oder „vorübergehend ausgesetzt“ wird, ähnlich wie im letztjährigen US-Budgetstreit, weil alles andere wirtschaftlich katastrophale Konsequenzen hätte. Vorerst aber beruhigt die Ankündigung die Gemüter an den Finanzmärkten und in der aufgeschreckten Öffentlichkeit und trägt so dazu bei, dass Deutschland seine Schuldner-Bestnote behält und neue Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen kann.

Trotzdem bleibt die proklamierte Politik des Schuldenstopps keinesfalls folgenlos. Der Sparwille wird nämlich demonstrativ an den Teilen der Gesellschaft exekutiert, die als „nicht-systemrelevant“ eingestuft werden. Ihnen wird noch das letzte Butterbrot genommen, nicht um damit die Schulden zu bezahlen, sondern damit die öffentliche Hand gegenüber den Geld- und Kapitalmärkten ein bisschen länger den Schein der Kreditwürdigkeit aufrechterhalten kann. Genau das macht auch den

zynischen Charakter der aktuellen Sparprogramme vor allem in den südlichen Eurostaaten und Irland aus. Nur damit der Euro-Raum noch eine Weile die Rückzahlbarkeit seiner Schulden simulieren kann, wird die Masse der Bevölkerung ins Elend getrieben.



6. Wie dieses Verelendungsprogramm legitimiert wird, ist allgemein bekannt. Der griechischen Rentnerin kratzen die Sparideologen das spärliche Mahl vom Teller, weil die Gesellschaft angeblich „über ihre Verhältnisse“ gelebt habe. Der Aberwitz dieser Begründung übersteigt noch deren Unverschämtheit. Sie stellt das Grundproblem auf den Kopf, vor dem die Weltgesellschaft heute steht. Denn diese Gesellschaft lebt schon lange quantitativ und qualitativ weit unterhalb der Verhältnisse, die bei einer vernünftigen Anwendung der Produktivitätspotentiale, die der Kapitalismus selbst hervorgebracht hat, möglich wären. Längst schon könnte mit weniger als fünf Stunden produktiver Tätigkeit pro Woche und Person ein Reichtum produziert werden, der allen – und zwar wirklich allen – Menschen auf dieser Welt ein gutes Leben erlauben würde; und dies, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Dass diese Möglichkeit nicht längst verwirklicht wurde, liegt einfach daran, dass unter kapitalistischen Bedin-

gungen aller Güterreichtum nur eine Daseinsberechtigung hat, wenn er sich dem Zweck der Kapitalvermehrung unterordnet und als abstrakter Reichtum darstellen lässt.

Mit der dritten industriellen Revolution aber hat die Gesellschaft eine Schwelle erreicht, an der sie zu produktiv für den armseligen Selbstzweck der Wertverwertung geworden ist. Nur der beständig erweiterte Vorriff auf künftige Wertproduktion, die Vorabkapitalisierung von Wert, der nie produziert werden wird, hat drei Jahrzehnte lang die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Dynamik ermöglicht. Diese verrückte Aufschubstrategie steckt jedoch inzwischen selbst in einer heillosen Krise. Das ist aber weder ein Grund, den „Gürtel enger zu schnallen“ noch in den regressiven Phantasien eines „gesunden“, auf „ehrlicher Arbeit“ gegründeten Kapitalismus zu schwelgen. Eine emanzipatorische Bewegung gegen „Sparpolitik“ und repressive Krisenverwaltung muss vielmehr darauf zielen, die zwangsweise Kopplung von stofflicher Reichtumsproduktion und Wertproduktion ganz bewusst zu kappen. Es gilt, die Frage der „Finanzierbarkeit“ offensiv durchzustreichen. Ob Wohnungen gebaut, Krankenhäuser betrieben, Nahrungsmittel produziert oder Bahnlinien unterhalten werden, darf nicht davon abhängen, ob die nötige „Kaufkraft“ vorhanden ist. Kriterium dafür kann einzig und allein die Befriedigung konkreter Bedürfnisse sein. Wenn Ressourcen stillgelegt werden sollen, weil „das Geld fehlt“, müssen diese eben angeeignet und in bewusster Frontstellung gegen die fetischistische Logik der Warenproduktion transformiert und betrieben werden. Ein gutes Leben für alle kann es nur jenseits der abstrakten Reichtumsform geben.

von Ernst
Lohoff und Norbert
Trenkle, zuerst er-
schienen in: **Streif-
züge**, Magazinierte
Transformationslust



www.streifzuege.org
redaktion@streifzuege.org
Kritischer Kreis.
Margaretenstraße 71-73/23,
1050 Wien

Nordkorea

Die gefrorene Revolution Teil III und Schluss



Nordkorea im 21. Jahrhundert

Nordkoreas Gegenwart und Zukunft stehen im Fadenkreuz unterschiedlicher Interessen, die man sich vergegenwärtigen sollte, um einen Ausblick für das Land zu fundieren.

Der Staat, der auf den „geliebten Führer“ ausgerichtet ist

Kim Jong-il, designierter Nachfolger, General und Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission wird 1997, nach drei Jahren, tatsächlich inthronisiert. Dafür zahlt er einen hohen Preis: „ewiger Präsident“ wird sein verstorbener Vater. Um im Militär Anerkennung zu finden, hat er der Armee Vorrang beim Zugriff

auf öffentliche Mittel zu gewähren, die Son-gun Politik („das Militär kommt zuerst“) wird offiziell und erhält schließlich Verfassungsrang. Kim wird erst im Oktober 1997 Generalsekretär der Partei, die Prioritäten sind eindeutig gesetzt.

Der Kult um Kim Il-sung, die Errichtung und Erneuerung Tausender von Gedenk-stelen, Skulpturen, Bildnissen ab 1997, die neue Zeitrechnung Nordkoreas ab seiner Geburt (das Jahr 2012 entspricht dem Jahr „Juche 101“), die „Ehrenpflicht“ aller Nordkoreaner, kleine Plastikanstecker mit Kims Bildnis über dem Herzen zu tragen; alle diese Maßnahmen, einschließlich des Beschlusses, Kim Il-sungs Arbeitspalast zum „ewigen“ Mausoleum umzuwidmen, rahmen die Macht des Nachfolgers ein.

Dies ist der Preis dafür, Nachfolgerkämpfe zu verhindern und die Ein-

heit der Führung zu erhalten. Kims Macht ist geliehen, in erster Linie von der Militärführung, die Instanzen der Partei verlieren an Einfluss und Bedeutung und dienen auch mal als Sündenböcke, wie im Fall der Währungsumstellung geschehen.

Hatte sein Vater den Führerkult gefördert, um die Partei auszuhöhlen und mundtot zu machen, dient der Kult jetzt vor allem dem Militär dazu, den Spielraum des Sohnes einzuhegen. Noch sind aber beide Seiten, Kim und das Militär, aufeinander angewiesen.

Der Nach-Nachfolger, Kim Jong-un, wird allerdings seine Macht unter völlig anderen Bedingungen zu sichern haben. Anders als sein Vater war er bis 2011 in der Öffentlichkeit nicht aufgetreten, er hatte kein Amt inne.

Die Nennung seines Namens verursachte wenige Monate vor dem Tod seines Vaters noch betretenes Schweigen. Am Tag nach seinem Ableben werden die ersten Ergebnissadressen an den neuen Führer Kim Jong-un ausgestrahlt, in denen namenlose Befragte versichern, dass die abgrundtiefe Trauer in die geschlossenste Unterstützung des jungen Führers überführt werde. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

Auch der Enkel muss die „Laufbahn“ über die militärische Schiene wählen: nach den ersten öffentlichen Auftritten an der Seite des Vaters im Spätsommer 2011 wird er zum Vier-Sterne-General (davon gibt es viele) ernannt und er begleitet wortlos den Vater auf seinen Inspektionsreisen.

Nach Kim Jong-ils Tod wird sein Sohn umgehend Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission (NVK), der zentralen Entscheiderposition im Land, dabei ist er eingerahmt von den höchstrangigen Militärs. Mit einigen Tagen Abstand wird er, der gerade erst Parlamentsdelegierter geworden war, provisorisch mit den Ämtern seines Vaters betraut. Im April 2012 wird die Einführung des geliebten Nachfolgers definitiv: Kim Jong-il bleibt „Ewiger Vorsitzender“ der NVK, die Parteikonferenz bestimmt den Vater zum „Ewigen Generalsekretär“ der PdAK, der Sohn wird zum „Ersten Sekretär“ ernannt. Noch im Winter begann man, die Gedenkorte um Bildnisse, Mosaiken und Statuen Kim Jong-ils zu erweitern. Bekanntestes Beispiel dafür ist die

Erweiterung des großen Monuments auf dem Mansu-Hügel in Pyongyang, die zwanzig Meter hohe Bronzestatue Kim Il-sungs wurde ergänzt um ein höhengleiches Abbild Kim Jong-ils.

Kim Jong-un spricht am 15. April, anlässlich des 100. Geburtstages seines Großvaters, davon, dass die Souveränität des Landes Vorrang vor allem anderen hat. Der Garant dafür, die Streitkräfte, habe dabei „die erste, die zweite und die dritte“ Priorität.

Eine Übersetzung einer koreanischen Verlautbarung zu dieser Rede spricht davon, dass die „vielbeachtete Rede Kim Jong-uns ... allen Koreanern gezeigt (hat), dass dieser vollkommen identisch mit Kim Il-sung und Kim

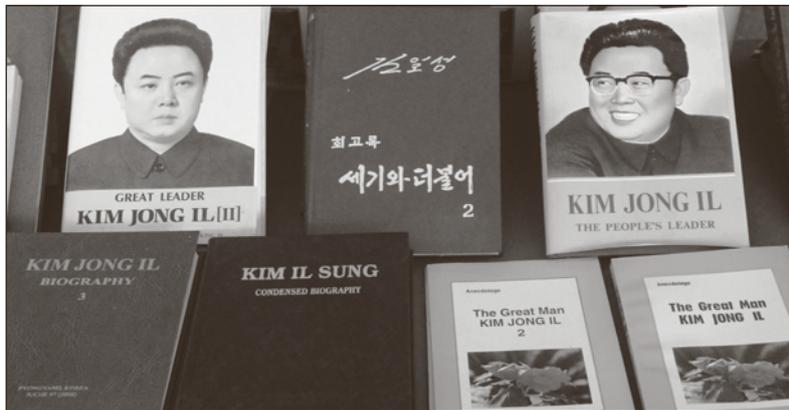
Jong-il ist...“ (Schweizerische Juche-Ideologie-Studiengruppe). Die Behauptung von der (personellen) Identität aller bisherigen Führer wird in mehreren Texten dieser Wochen wiederholt, dies lässt meines Erachtens nur eine Schlussfolgerung zu: seine ersten politischen Schritte sind Kim Jong-un bis ins Kleinste vorgegeben, seine Autorität bezieht er allein aus seiner Abstammung. Sein Onkel Jang Sung taek wird ihm zur Seite gestellt, die Mutter seines Großvaters wird in die Ahnenreihe der Revolutionsheiligen aufgenommen und ist inzwischen im Kim-Mausoleum als Wachsfigur zur Verehrung freigegeben.

Die Legitimation der politischen Führung

Sie hat sich erheblich verändert: während Kim Jong-il über Jahrzehnte hinweg Interpret der Politik seines Vaters war und damit das Austarieren der Macht beeinflusste, ist Kim Jong-un nur mehr die Hülle für die Autorität seiner Vorfahren. Je identischer er damit ist und so die symbolische Position des Vaters der Nation ausfüllt, desto mehr Legitimität wird ihm zugebilligt.

Dies zeigt, dass der materialistische Ansatz zur Erklärung der Entwicklungsprozesse einer Gesellschaft (der seinen Platz vor allem in der Partei haben sollte) jenseits aller

papiernen Bekundungen aufgegeben wurde. Politische und militärische Führung greifen stattdessen auf uralte Kulturmuster zurück, denen eine höhere Wirkungsmächtigkeit in Nordkorea zugetraut wird. (Notwendige) neue gesellschaftliche Aufgaben und Erfordernisse werden mit Hilfe überkommener Strukturen angegangen,



die rhetorisch notdürftig als Verwirklichung des Sozialismus bemäntelt werden, aber tatsächlich auf feudalistisch grundierten Rollenmustern basieren. Dieses Muster ist geprägt vom konfuzianischen Denkmodell einer harmonischen Gesellschaft, die sich in der traditionellen Zuordnung der Aufgaben und Rollen, der Beachtung der Sitten und Gebräuche erfüllt.

Einem chinesischen Kaiser der Vergangenheit gleich steht Kim Jong-un als einziger mit den Göttern, seinen Vorfahren, in Verbindung und gewinnt daraus die einzige Autorität, auf die er sich gegenwärtig berufen kann.

Mag diese Analogie auch überzogen wirken, so ist sie doch letztlich Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, der von der nationalen Befreiung zur nationalen Isolation führt und die Ausweglosigkeit zum politischen und gesellschaftlichen Ideal der Unabhängigkeit und der Einheit im gemeinsamen Willen erklärt. An vielem herrscht in Nordkorea Mangel, aber nicht an Sinnstiftung.

Das Militär

Der schon erwähnte privilegierte Zugang zu staatlichen Ressourcen jeglicher Art in Verbindung mit der Entwicklung atomarer Waffenkapazitäten geben der Militärführung eine einzigartige Position in Nordkorea.

Eingeteilt ist die Armee in regionale Militärkommandanturen auf der Ebene der elf Provinzen und Stadtgebiete. Elf Militärkommandanten besitzen also Zugriff auf jeweils drei Jahrgänge junger Männer und, geschätzt, 10 – 20 % der jungen Frauen in den Regionen. Nach der elfjährigen Schulausbildung werden

sie zum Militärdienst eingezogen, werden dort in vielen Fällen ausgebildet (was die geschlossenen, verfallenden Zivilbetriebe nicht mehr leisten können), selbstverständlich auch militärisch gedrillt. Sie werden aber häufig, wie täglich zu sehen war, für alle möglichen Zwecke außerhalb von Kasernen eingesetzt: Lastwagen

mit Militärkennzeichen transportieren, ebenso wie zivile Fahrzeuge, Baumaterial und Arbeitskräfte. Militärische Baubrigaden ziehen zivile Bauten hoch und tragen 2011 zur Verschönerung des Stadtbildes von Pyongyang bei (Fahrbahnarbeiten, Baumpflanzungen u. ä. anlässlich der großen Gedenkfeierlichkeiten 2012), Militär arbeitet auf den Feld-

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



ern und in eigenen Werkstätten und Fabriken. Militär sichert an vielen Orten zumindest eine ärztliche Minimalversorgung, es wird im Katastrophenschutz eingesetzt, es baut Autobahnen, sichert Bahnhöfe und wird in die Bergwerke geschickt. Das Funktionieren des öffentlichen Lebens ist ohne militärische Hilfe nicht mehr denkbar.

Die Militärhierarchie lässt sich diese Stützung von der politischen Führung vergelten. Was in den Betrieben, Kraftwerken und Bergwerken, die das Militär kontrolliert, erzeugt und verkauft wird, entzieht sich, wenigstens zum Teil und vor allem dort, wo die politische Zentrale weit weg ist und die chinesischen Abnehmer dafür umso näher sind, der ökonomischen Planung und der Besteuerung.

Die Erfordernisse einer militärischen Hochtechnologie in einem schwach entwickelten Umfeld bindet die wenigen Spezialisten, die zivile Forschung, gar Produktion hochwertiger Güter und Verfahren findet nicht mehr statt. Solange diese Fehlentwicklungen durch die falsche Son-gun-Politik nicht nur bemäntelt, sondern gefördert werden, steht das Militär hinter dieser Politik. Familien, speziell aus den Gebirgsregionen und abseits der großen Städte erhoffen sich für die Söhne ein besseres Leben, wenn sie zum Militär gehen.

Vor der Reise nach Korea habe ich Videos mit erschreckenden Aufnahmen von hungernden Rekruten in Militärlagern gesehen. Ich war sehr skeptisch, weil man zwangsläufig bei allen Informationen über Nordkorea, ob aus Druckmedien, Fernsehen oder dem Internet, äußerst zurückhaltend wird. Das Land und seine Führung im Besonderen sind eine ideale Projektionsfläche für Spinner und ideologische Schnäppchenjäger jeder Couleur. Entsprechend „bunt“ leben viele ihre Machtsehnsüchte, Gewaltinstinkte, ihren diktaturökologisch fundierten Pessimismus, ihr Helfersyndrom oder auch ihren Stellvertreter-Antiimperialismus aus. Viele

Informationen sind von südkoreanischen Diensten eingestellt, werden über bestimmte (japanische) Journalisten oder (russische) Wissenschaftler transportiert, deren Geldgeber ganz spezielle Interessen vertreten.

Dies alles einberechnet war ich doch erschüttert, als wir im Mausoleum auch Militärabordnungen begegneten, zu denen in ihrer Entwicklung



körperlich stark zurückgebliebene junge Männer gehörten. Die Unterernährung in den Provinzen hat bleibende Schäden an einigen Alterskohorten hinterlassen.

Sollte aber der Hunger auch im Militärdienst auftreten, dürfte die Einigkeit der Armee Vergangenheit sein und damit würde die Machtfrage neu gestellt.

Die Interessen der Nachbarn

Südkorea

Kim Dae-jung nahm für den Süden einen gewissen Schwenk der Koreapolitik vor. Er wollte sich damit von seinen US-gestützten Vorgängern stärker abgrenzen, außerdem war die asiatische Finanzkrise der 1990er Jahre ein deutliches Signal dafür, die eigenen strategischen Optionen zu erweitern.

Im Jahr 2000 vereinbarten beide Staatsführer eine „Gemeinsame Erklärung“, die eigenständige Wiedervereinigungsgespräche als Absicht enthielt und einige für den Norden wichtige und interessante Möglichkeiten eröffnete. Ein Industriepark in der unmittelbaren Grenzregion Kaesong sollte Arbeitsplätze für Montagetätigkeiten

und einfachere Produktion schaffen und südkoreanische Touristen unter eigenem Management in das Geumgang-Gebirge im Norden bringen.

Die Folgejahre zeigten, dass beide Seiten die Investitionen unter politischen Prämissen sahen. Jede Verstimmung, jeder politische Wechsel auf beiden Seiten führte zur Unterbrechung der Produktion und der Reisetätigkeit und schließlich bis heute zum Abbruch. Beide Koreas stehen sich heute so fremd und feindlich gegenüber wie eh und je.

Zum Allgemeinplatz wurde die Vermutung, das südkoreanische Interesse an einer Vereinigung sei spätestens seit dem deutschen Exempel keine wünschenswerte Option mehr. Richtig daran

ist vor allem, dass der Süden weder auf die Arbeitskräfte des Nordens angewiesen ist, die mühsam und mit hohem Kostenaufwand nachqualifiziert werden müssten, noch auf seine Bodenschätze. Südkorea baut die größten Fracht- und Containerschiffe der Welt, die jeden gewünschten Rohstoff billigst aus den Minen Papua-Neuguineas, Indonesiens oder Australiens heranschaffen.

Die Teilung des Landes ist längst in eine historische Distanz gerückt und die politische wie ökonomische Elite Südkoreas hat kein Interesse daran, das historische Unrecht wie die Grundlagen der eigenen Herrschaft zu thematisieren.

Die Koreaner beider Teile wissen nichts voneinander, kennen nur die Geschichtsinterpretation der eigenen Seite.

Deshalb kann auch die Analogie zur deutschen Vereinigung nicht greifen, auch wenn, anders als im Fall BRD und DDR, offiziell beide Staaten die Vereinigung anstreben. Es stehen sich hier bis heute unverändert militärische Feinde gegenüber, deren Abschreckungspotenzial die Teilung verfestigt hat. Da alle Voraussetzungen für eine „Versöhnung“ fehlen, ist eine Art kontrollierter Annäherung nicht vorstellbar. Diese Situation schränkt beide Staaten in ihren Handlungs-

möglichkeiten stärker ein, als ihnen lieb sein kann. Südkorea wird letztlich nicht von den Vorgaben und Interessen der USA abweichen, will es keine Unabwägbarkeiten provozieren. Nordkorea ist in seiner Unabhängigkeit weiter auf seine Beziehungen mit China beschränkt, es gelingt nicht, den Aktionsradius zu erweitern.

China

Die Beziehungen zur Volksrepublik China sind gegenwärtig und weit in die Zukunft gerichtet für Nordkorea entscheidend. Das war sicherlich auch Kim Jong-il klar, als er in seinem Testament vor einem wachsenden Einfluss des nördlichen Nachbarn warnte. Bloß hat

Korea keine andere Option, so unabhängig man sich auch geben mag.

Welche Interessen verfolgt China in Nordkorea? Die koreanische Politik bezieht sich, mit stark schwankender Intensität, positiv auf China. Zu keinem anderen Land pflegt man nur annähernd so enge Beziehungen. Für China gilt dies nicht.

Koreanische Staatsführer sprechen in Peking vor, nicht umgekehrt. Und nicht bei jeder Chinareise erhält einer der Kims einen Gesprächstermin.

Im Westen wird häufig darüber spekuliert, wie weit der chinesische Einfluss auf die koreanische Politik reicht. Die Frage sollte eher dahin gerichtet sein, wie weit sich China in nordkoreanische Angelegenheiten einmischen kann, ohne von anderen Verhandlungs- und Wirtschaftspartnern, also Südkorea, Japan und den USA, dafür in Haftung genommen zu werden. Diese Außenbeziehungen sind für China um ein Vielfaches wichtiger, darauf gilt es Rücksicht zu nehmen. Beispielsweise gelten UNO-Sanktionen gegen Korea nach dessen Atomwaffenversuchen, die von China nicht verhindert wurden.

Auf der anderen Seite war die „Vorstellung“ Kim Jong-uns durch seinen Vater 2011 in Peking Voraussetzung eines möglichen Machtwechsels

und der erste offizielle Staatsbesuch wird Kim mit Sicherheit nach China führen. Sein Spielraum besteht sozusagen darin, den Termin für diese Reise zu wählen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind für Nordkorea nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten existenziell wichtig geworden. Importe aus China müssen die



Energieversorgung sichern, neue Fahrzeuge und Maschinen stammen fast ausschließlich vom Nachbarn im Norden. Diese Lieferungen sind aus chinesischer Sicht kein Verlustgeschäft, sondern sie sind Garantie für den weiteren Einfluss. Da Nordkorea im Wesentlichen und auf nicht absehbare Zeit nur mit Gegenlieferungen bezahlen kann, sichert sich China Zugriffsrechte auf die Rohstoffe des Landes. Es profitieren von diesen Handelsbeziehungen vor allem die drei mandchurischen Provinzen, von denen zwei die Grenze mit Korea teilen.

Die Mandschurei ist als traditionelle Industrieregion vor allem auf den chinesischen Binnenmarkt ausgerichtet; Kohleförderung und -verarbeitung haben das Wirtschaftswachstum der Provinzen in den letzten Jahren deutlich über den chinesischen Durchschnitt getrieben, zwischen 12 und 15 % Jahreszuwachs waren die Norm. Das hat mit koreanischen Rohstoffen und Arbeitskräften nur zu einem kleinen Teil zu tun. Was in Korea gefördert werden kann, wird auch in der Mandschurei abgebaut. Die Gewichte sind überdeutlich verteilt, allein die südliche Grenzprovinz Liaoning hat die doppelte Einwohnerzahl Nordkoreas und ein Inlandsprodukt, das ca. 15 mal höher liegt.

Deshalb wird sich China verstärkten Handelsbeziehungen nicht verweigern, es ist aber nicht in dem Maß darauf angewiesen, wie dies umgekehrt der Fall ist. Das strategische Argument, China würde es nicht zulassen, dass im Fall eines Zusammenbruchs Nordkoreas amerikanische Truppen an die eigenen Grenzen heranrücken, ist meines Erachtens nicht stichhaltig.

Eine „Waffenbrüderschaft“ wie 1950 wird sich nicht mehr wiederholen, die Erinnerung daran wird in China auch nicht weiter gepflegt. Pekings Interesse richtet sich vielmehr darauf, dass die Entwicklung der Mandschurei nicht gefährdet wird. Diesem Ziel sind die unablässigen Energielieferungen geschuldet, die eine notdürftige Versorgung der Kraftwerke gewährleisten.

Wünschenswert wäre es aus der Sicht Chinas, das atomare Potenzial Koreas stärker unter Kontrolle zu bekommen. Die Atomfrage birgt bei allen künftigen Entwicklungen in Nordkorea das größte Risiko.

2003 initiierte die chinesische Regierung die Sechsergespräche mit Nord- und Südkorea, Japan, Russland und den USA mit dem Ziel einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel. Die Gespräche führten bis heute zu keinen Fortschritten in der Abrüstungsfrage. Dies zeigt die überragende Bedeutung der Atomwaffe für die Selbstbehauptung der koreanischen Regierung. Diese Bewaffnung, die unter gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Opfern durchgesetzt wurde, wird als „Überlebensgarantie“ angesehen und verteidigt. Hier sind die Grenzen des chinesischen Einflusses spürbar.

Fazit

Die Trümpfe, mit denen Nordkorea noch wuchern könnte, sind rar geworden. Die beabsichtigte Doppelung des Personenkults soll die Einheit des Landes festigen, den Verlust der Substanz in diesem Land

verschmerzbar machen. Ob damit noch einmal Zeit gewonnen werden kann, hängt nicht mehr von der Staatsführung ab. Eine weitere, länger anhaltende Hungerkrise würde die gesellschaftliche Erosion im Land weiter beschleunigen, dies betrifft nicht nur die Bevölkerung, sie wird auch die Geschlossenheit der Führung zerstören. Die Wirtschaftsbeziehungen mit China fördern, auch unter nicht kapitalistischen Bedingungen, die Herausbildung „verlässlicher Handelspartner“, sprich koreanischer Betriebsleiter, die mehr und mehr zu Besitzern werden. Der Widerstand gegen solche Aneignungen, sei es durch Militäreinheiten, einflussreiche Familienclds oder einzelne Betriebsführer, der jetzt noch in Form von befohlenen Auswechslungen und Rotationen geleistet wird, wird in neuen Zeiten der Not zerbrechen.

Ist also die Atombombe der letzte Kitt, der dieses Hybridsystem aus sozialistischen Versatzstücken in der gesellschaftlichen Organisation und einer exzessiv überzeichneten Fortführung traditionsgebundener Herrschaftsmuster zusammenhält? Wir wissen längst, dass der Besitz der Bombe einen Systemwechsel nicht verhindert. Die extremen Kosten für diese Waffensysteme, die Folgekosten (man denke an die – bisher gescheiterten – Starts der Träger- raketen) werden das Land auch in Zukunft belasten und die bitter notwendigen Infrastrukturmaßnahmen verhindern.

Und so wird dieses Land, nach Selbsteinschätzung „das unabhängige Land der Welt“, seine wenigen Spielräume verlieren. Denn die Verfügung über die Atombombe ist nur dann eine Waffe, wenn die Fähigkeit und Bereitschaft zum Einsatz glaubwürdig bleiben. Wenn aber jede Krise zwischen Nord und Süd zur finalen Drohung führen kann, bewegt sich die Politik nur mehr in einer Endloschleife, die zwanghaft den nie verarbeiteten Krieg wiederholt und so das eigene Scheitern bei der nationalen Befreiung verewigt.

Schlusswort

Zugegeben, der gegenwärtigen Führung Nordkoreas würde ich keine Träne nachweinen, auch

der Enkel Kim, der „Marschall“ mit westlicher Schulbildung, einer hübschen First Lady und einer Vorliebe für Shows und Vergnügungsparks, bietet keinen Anlass zur Hoffnung. Weder mit einer Charmeoffensive noch mit Umbauten innerhalb der Führungsriege wird das System zu retten sein.

Betonen möchte ich aber, dass es nicht um die Zuweisung einer persönlichen Schuld an der verfahrenen, meines Erachtens nicht reformierbaren Situation des Landes geht. Der Sozialismus, seine Veränderungskraft, seine Mobilisierungswirkung waren nach 1945 für viele asiatische Nationen das Mittel zur Befreiung schlechthin.

Substanz für eine sozialistische Umgestaltung besaß keines dieser Länder und die historische Zeit, Frieden und die Perspektive, um ihren Sozialismus zu entwickeln, wurde ihnen unter den Bedingungen der tödlichen Systemkonkurrenz nicht zugestanden. Die Prägungen der Vergangenheit erwiesen sich, gerade im Fall Korea, nicht nur als zäh, sondern als wirkungsmächtig. (Vorgegebene) Ordnung, Tugend, Gehorsam und erzwungene Geschlossenheit ersetzen die notwendigen Auseinandersetzungen um eine sozialistische Entwicklung.

Trotz dieser unvermeidbaren Fehlentwicklungen hat es dieses tapfere, opferbereite Volk bis heute geschafft, auf der Weltkarte bestehen zu bleiben und international beachtet zu werden, dafür gebührt ihm die uneingeschränkte Anerkennung.

Der Preis, den Nordkorea dafür entrichtet, besteht darin, die Entwicklung der Gesellschaft mit großem ideologischen Aufwand einzufrieren und so die Handlungsfähigkeit zu verlieren. Sie wird unter den geltenden Bedingungen nicht mehr zurück zu gewinnen sein. Im Gegenteil, die Atomwaffenfähigkeit, die Stabilisierung erzeugen sollte, wird die Frage der Verfügung darüber als weiteren Herd von Machtkämpfen und Destabilisierung aufwerfen, innerhalb und außerhalb des Landes.

Nordkoreas Zukunft wird nicht mehr in Nordkorea selbst entschieden werden.

Anzeigen

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Türkei

Träume von der Hegemonie



Frauendemonstration Juni 2012 gegen die Kriminalisierung der Abtreibung

Als die AKP, die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, ab 2002 neben ihrer neoliberalen Politik vorsichtig eine gewisse Öffnung gegenüber den Forderungen der kurdischen Bewegung signalisierte und Reformen im Strafgesetzbuch versprach, waren nicht nur die europäischen Medien und Regierungen begeistert. Auch in der Türkei waren viele voller Hoffnung, dass sich die Verhältnisse allmählich ändern würden. Nicht zuletzt forderte der größte türkische Unternehmerverband die Beendigung des Bürgerkriegs, die Abschaffung der Anti-Terror Gesetze, die Zurückdrängung des Einflusses des Militärs und die Zulassung der kurdischen Sprache.

Dem Anschein nach schlug die AKP-Regierung auch außenpolitisch neue Wege ein: Ab sofort sollten mit allen Nachbarn gute Beziehungen gepflegt werden statt des bisherigen Säbelrasseln. Die AKP schien dazu

auch in der Lage zu sein – zumindest mit den islamischen Nachbarn. Denn sie definierte sich als (islamisch) konservativ und ein Teil ihrer Klientel pflegte gute wirtschaftliche Beziehungen in die arabischen Länder, den Iran und den Kaukasus.

Die Realität

Von all diesen Hoffnungen – berechtigt oder nicht – ist nichts mehr übrig geblieben. Im Osten der Türkei werden zwischen Armee und PKK-Einheiten seit Monaten die heftigsten Kämpfe der letzten Jahre geführt, mit hunderten von Toten innerhalb kürzester Zeit.

Die Gefängnisse sind voll mit kurdischen PolitikerInnen, Studierenden, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, JournalistInnen, Jugendlichen und ehemaligen Armeemitgliedern. Kein Land wird vom Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte so oft verurteilt wie die Türkei, gefolgt von Russland und der Ukraine. Innerhalb von nur acht Jahren hat die Zahl der Insassen in Gefängnissen um 250 Prozent zugenommen!

Mit fadenscheinigen Begründungen werden politische Aktivisten festgenommen und verbringen Monate und Jahre ohne Anklage in U-Haft. Es gibt weiterhin Sondergerichte die für „Terrorismus“ zuständig sind, mit Sondervollmachten für die Ankläger. Dabei kommt es zu den absurdesten Vorfällen, die ein Licht auf die türkische Rechtsstaatlichkeit werfen: Im so genannten Ergenekon-Prozess, angeblich eine Verschwörung nationalistischer Kreise mit dem Ziel die Regierung zu stürzen, sind neben Offizieren und hohen Bürokraten auch Journalisten angeklagt, die eben diese Verschwörungen aufgedeckt hatten.

Beobachter in der Türkei sprechen bereits davon, dass der Polizeiparapparat und große Teile der Justiz von

der AKP kontrolliert werden. Nach Massenfestnahmen und Verurteilungen hunderter Offiziere scheint auch die Armeeführung weitestgehend auf die Seite der Regierenden gewechselt zu haben.

Die Jahre nach dem Militärputsch von 1980, vor allem die 90er Jahre waren geprägt von Entführungen, Verschwindenlassen, Massenentführungen und -vertreibungen von der Zivilbevölkerung und politischen Aktivisten in Kurdistan. Der Terror dieser Jahre wurde von Sondereinsatzkommandos der Armee, der Polizei und ihren Handlangern ausgeübt und bis heute sind die Täter frei, wer wo verscharrt ist, ist unbekannt. Der türkische Menschenrechtsverein schätzte Ende 2011, dass in der Türkei 224 Massengräber mit über 3000 Leichen existieren, derer sich die Justiz bisher nicht angenommen hat.

Auch außenpolitisch sieht es düster aus: der langjährige Verbündete Israel gab eine ganze Zeit wegen der Streitigkeiten um die Gaza-Flotte Drohnen der türkischen Armee, die zur Überholung in Israel waren, nicht zurück. Im Gegenzug drohte die türkische Regierung, als Reaktion auf die gemeinsame Suche nach Gasvorkommen im Mittelmeer der Republik Zypern und Israels, die Marine zu entsenden.

Das türkische Parlament genehmigte die Aufstellung von US-Raketen im Osten der Türkei, die gegen den Iran gerichtet sind – damit ist die Mittlerrolle der Türkei im Iran-Konflikt wohl erstmal vorbei. In Syrien wurde aus dem ehemaligen „Bruder Assad“ (Ministerpräsident Erdoğan) ein „blutdürstiger Tyrann, der seine eigene Bevölkerung bombardiert“ (wiederum Ministerpräsident Erdoğan).

Waren vor den Revolten in den arabischen Ländern die guten Beziehungen der Regierung zu allen Despoten in der Region Gegenstand der Kritik, ist es jetzt die willige Umsetzung der US-Politik dort, besonders gegenüber Syrien.

Osmanisch-islamisch-pantürkische Synthese

Das außenpolitische Scheitern der Regierung ist relativ einfach zu erklären. Im Zuge des wirtschaftlichen Erstarkens, suchte das türkische Kapital nach Handelsbeziehungen



Die Leichen der kurdischen Schmuggler in Uludere

und Anagemöglichkeiten in der Region. Bisher recht erfolgreich – 20 Prozent der türkischen Ausfuhren gehen in den Nahen Osten. Ein Teil des türkischen Kapitals, die der AKP nahe stehenden so genannten „anatolischen Tiger“ hatten zu den islamischen Ländern schon länger enge wirtschaftliche Beziehungen.

Nun hat die AKP-Regierung in den letzten Jahren Großmacht-Ambitionen für die Türkei entwickelt. Mit der Betonung der osmanisch-islamischen Identität, vermengt mit pantürkischen Elementen, sollte die Türkei ein neuer geopolitischer Akteur im Afro-Euroasiatischen Raum werden. Hinter den seit Jahren andauernden Spannungen mit Israel liegt eben diese Großmacht-Schwärmerei. Den islamischen Ländern sollte deutlich gemacht werden, dass die Türkei nicht ein Staat ist, der die Politik des Westens vollzieht – wie sie bisher vor allem im arabischen Raum wahrgenommen wurde –, sondern ein selbstständiger Akteur. Wie glaubwürdig das angesichts ihrer NATO-Mitgliedschaft zu vermitteln war, sei mal dahin gestellt.

Diese neue Politik konnte weder Russland noch dem Iran gefallen, auch Armenien hat an die „osmanischen Wurzeln“ der Türkei keine

schöne Erinnerungen. Vor allem aber kamen der neuen türkischen Charmeoffensive innerhalb kürzester Zeit die Ansprechpartner in den arabischen Ländern abhanden: die ehemaligen Herrscher von Tunesien, Ägypten, Libyen. Außerdem war man genauso wie im Westen von den

Revolten in den arabischen Ländern kalt erwischt worden und hatte sich nicht rechtzeitig auf die „richtige Seite“ gestellt. Nun ist der Schlamassel da. Deshalb versucht man mit aller Macht an der Seite des Westens den Regimewechsel in Syrien zu erzwingen.

Ob das der Türkei helfen wird, das verlorene „Ansehen“ in den Nachbarstaaten wieder zu gewinnen, darf bezweifelt werden.

Reaktionäre Innenpolitik

Gut zu diesen außenpolitischen Ambitionen der AKP-Regierung passt auch ihre Politik im Inneren. Schon vor Jahren provozierte der Ministerpräsident mit seinem Ausspruch „Ich will, dass jede türkische Frau drei Kinder zur Welt bringt“ Proteste der Frauenorganisationen und der Linken. Aktuell möchte die Regierung die Abtreibungsgesetze verschärfen. Bisher ist Abtreibung in den ersten drei Monaten völlig legal, danach müssen besondere Gründe wie die Gesundheit der Frau geltend gemacht werden. Nun soll Abtreibung ab der zehnten Woche illegalisiert werden! Wer danach abtreibt bzw. dabei Hilfe leistet, soll mit zwischen zwei und vier Jahren Haft bestraft werden. Besondere Wut löste Erdoğan bei den Frauenorganisationen aus mit dem Ausspruch „jede Abtreibung ist ein Uludere“. Im Dezember 2011 hatten türkische Militärflugzeuge in Uludere (kurdisch Roboski) 34 jugendliche kurdische Schmuggler mit gezielten Bombenangriffen getötet.

Das ist mehr als „nur ein Angriff“ von konservativen, reaktionären Politikern auf die Frauenrechte. Die AKP

ist dabei sich für einen Kulturkampf zu rüsten. Ziel ist jetzt, nachdem sie die Hälfte der Wählerschaft hinter sich glaubt, alles was ihrer Weltsicht und ihren Moralvorstellungen nicht entspricht, zu bekämpfen.

So wird etwa unter dem scheinheiligen Vorwand des Jugendschutzes ein Festival verboten, das nach einer Biermarke benannt ist; Alkoholausschank wird im öffentlichen Raum immer mehr eingeschränkt; der Bau von Moscheen wird voran getrieben – dieses Jahr wurde zum ersten Mal in der Türkei ein Gebetsraum in einer Universität eröffnet; die Hochschulen werden für die Absolventen von Imam hatip liseseleri (theologischen Gymnasien) geöffnet, die eigentlich das klerikale Personal für die Moscheen ausbilden.

Atheisten, die sich das Recht nehmen öffentlich den Islam bzw. dessen regierungsamtliche Auslegung zu kritisieren, werden wegen Verletzung religiöser Gefühle angeklagt.

Im März 2010 hielten zwei Studenten bei einer Rede Erdoğan's ein Transparent hoch mit der Forderung nach kostenloser Bildung und wurden sofort festgenommen. Nach 19 Monaten in U-Haft wurden sie jetzt wegen Mitgliedschaft in einer „illegalen Organisation“ (denn die gesamte Linke – legal oder illegal – fordert kostenlose Bildung für alle) zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Selbstverständlich sind die beiden Studenten nicht die einzigen, die wegen solcher Lappalien im Knast landen. Wegen ähnlicher Vorwürfe sind über 700 Studierende entweder schon verurteilt oder warten in U-Haft auf ihre Verurteilung.

Die Kritik der AKP am Kemalismus und am Militär zog viele Liberale und Ex-Linke auf ihre Seite. Kreise, deren heftige Kritik an sozialistischen und kommunistischen Organisationen auf „ewiggestrig“, „Betonköpfe“, etc. hinauslief.

Auch gewisse Teile der kurdischen Bewegung setzten ihre Hoffnung in diese reaktionär-neoliberale Regierung, denn die AKP schien als einzige in der Lage zu sein mit den alten Eliten abzurechnen.

Das ist ihr in weiten Teilen gelungen, nun macht sie sich daran, den Rest der Türkei nach ihren Moralvorstellungen zu gestalten.

BergarbeiterInnenstreik in Nordspanien: Gummigeschosse gegen Feuerwerksraketen



Um die Auflagen des EU-Fiskalpaktes einzuhalten, kürzt die spanische Regierung rabiät den Haushalt zusammen. Mit der Beantragung von 100 Milliarden Euro aus dem ESM, um marode spanische Banken zu stabilisieren, hat die Verschuldung des Staates weiter zugenommen. Im Haushalt für 2012 hat die konservative Mehrheit im Parlament deshalb nochmals drastisch gekürzt: auch die Subventionen für den Kohlebergbau und die Bergleute. Die streikten seit die Pläne bekannt wurden von Ende Mai an mit einer militanten Mobilisierung – bis zum 3. August. Da waren die meisten Bergleute 67 Tage im Streik, mit über zwei Monaten Verdienstaustausch. Gewerkschaftsvertreter erklärten den Streik für beendet, weil Vielen das Geld ausging. Drei Tage später verließen auch die letzten sechs Miner in Santa Cruz del Sil den von ihnen besetzten Schacht in 300 Meter Tiefe. Die Proteste gegen die Kürzungen der Regierung sollen in anderer Form weitergehen, weil die Regierung keine Zugeständnisse gemacht hat.

Das sieht auch Begoña Álvarez so, Bergarbeiterin aus Mieres in León. Sie hat vom 28. Mai bis zum 3. August keinerlei Einkommen gehabt, normal hat sie monatlich netto 1.300 Euro: „Die Meisten wollen jetzt wieder arbeiten, weil wir Alle nichts mehr haben. Und jetzt

geht das Schuljahr los und ich muss das Material für meine Kinder kaufen“. Álvarez ist Mitglied der Plattform „Frauen der Kohle im Kampf“. Sie will weiter an Aktionen teilnehmen.

In den ersten zwei Wochen des Streiks hielten die Bergleute vor allem Kundgebungen und Versammlungen ab. Im Kohleschacht von Santa Cruz del Sil bei Bierzo schloss sich am 21. Mai eine Gruppe von acht Kumpeln ein, die aus Protest solange unter Tage bleiben wollten, bis die Kürzungen zurückgenommen werden. Ihre Hoffnung, dass Politiker der regierenden konservativen Volkspartei PP zu ihnen kommen, hat sich nicht erfüllt. Auch Versuche von Funktionären der beiden staatsnahen Gewerkschaftsverbände CCOO und der UGT, mit der spanischen Regierung über die Kürzung der Kohlesubventionen zu verhandeln, scheiterten. „Uns ist klar, dass sie uns in eine Sackgasse geleitet haben, aus der sie uns nicht herauslassen“, erklärte Mitte Juni Alberto González Llamas, in der CCOO der Region Kastilien und León für den Bergbau zuständiger Funktionär. Sein Kollege Juan Carlos Álvarez Maestro von der FITAG-UGT appellierte an den Ministerpräsidenten Mariano Rajoy und den zuständigen Industrieminister, José Manuel Soria, doch noch einzulenken, flexibel zu sein und offen für Kompromisse. Minister Soria erklärte

derweil im Parlament die Kürzungen für unverzichtbar. Am 19. Juni beschloss der Senat, die zweite Kammer, den Haushalt mit den Kürzungen, am 28. Juni stimmte die erste Kammer, der Kongress, zu. Wie um ihre Entschlossenheit zu manifestieren, belegte die PP den ihr angehörenden Senator Juan Morano mit einer Geldstrafe. Morano, der die Region Léon vertritt, hatte es gewagt, im Senat für die Änderungsanträge der sozialdemokratischen PSOE und der Vereinigten Linken zu stimmen, welche die Kürzung der Kohlesubventionen rückgängig gemacht hätten. Als Morano gegen die Geldstrafe protestierte und auf seiner Unabhängigkeit als Abgeordneter beharrte, schloss die PP ihn Ende Juni aus der Partei aus.

Um 64 Prozent wurden die Kohlesubventionen gekürzt, mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Bereichen: Während die Mittel für Infrastrukturmaßnahmen nur um 39,2 % niedriger ausfallen als letztes Jahr, beträgt die Kürzung bei Zuschüssen für Weiterbildung und Umschulung der Minenarbeiter 99,6 % und bei Investitionen in die Arbeitssicherheit 100 %. Insgesamt etwa 180 Millionen Euro. Der lautstark opponierenden PSOE entgegenete Minister Soria, sie hätte doch viel weitreichendere Kürzungen vereinbart. Denn die damalige PSOE-Regierung handelte 2010 mit der EU die Umsetzung einer Richtlinie aus, nach der alle Subventionen für Kohleabbau in der EU abgeschafft werden müssen. Die Regierung Zapatero erreichte allerdings, dass die Kohlesubventionen nur stufenweise abgebaut werden müssen, 2012 bei 301 Millionen Euro liegen können und erst 2018 auslaufen. Die erst seit letzten Dezember regierende PP hat sich 2010 in der Opposition als „Retter der Kohle“ aufgespielt, umso schockierter sind die BewohnerInnen der Bergbauregionen in Asturien, Léon und Aragon denn jetzt auch. Dass es zu Ende geht, ist lange klar – die Weltmarktpreise für Kohle sind so niedrig, dass die nur aufwendig zu fördernde spanische Kohle hier nicht mithalten kann. Die Kohleproduktion Spaniens ist seit 1985 von 20 auf jetzt 8,5 Millionen Tonnen gefallen, die Zahl der Beschäftigten gleichzeitig von 52.910 auf 7.900 gesunken. Durch Umschulungen und Frühverrentung,

„Der abrupte Subventionsabbau jetzt“, so der Wirtschaftsrat der sozialdemokratischen PSOE-Regionalregierung von Asturien, Graciano Torre, „kann das Ende der Kohleförderung schon 2012 bedeuten“. Das würde nicht nur Massenentlassungen bedeuten, sondern auch das wirtschaftliche Aus für die kleineren Orte, die an den Minen liegen und oft ausschließlich vom Bergbau abhängig sind. Die Mineros haben in diesen Orten einen starken Rückhalt. Auch für militante Aktionen. Bekannt wurde die Kleinstadt Ciñera mit ihren 1.600 EinwohnerInnen für diese Solidarität im Ort. Bei den Straßenblockaden dort stellten sich ältere Leute ganz selbstverständlich neben die mit Sturmhauben maskierten Mineros und halfen mit. Zusammen schlugen sie Alarm auf den Leitplanken. Auf einer großen Demonstration in Léon forderten 50.000 Leute: „Wenn ihr das nicht regelt, gibt es Krieg, Krieg, Krieg!“ und in Anspielung auf das Symbol der Kürzungen: „Ihr habt die Scheren, wir haben die Spitzhacken!“

Über 60 Barrikaden auf Autobahnen, Landstraßen, Bahngleisen zählte die Polizei in der nordspanischen Region Asturien am 19. Juni. Auch an anderen Tagen war der aktive Streik der Kumpel spürbar, wichtige Verkehrsverbindungen stundenlang unterbrochen. Oft weit sichtbar am schwarzen Rauch der Reifen, die von den Mineros als brennende Straßensperren eingesetzt werden.

Die paramilitärische Guardia Civil hat zahlreiche ihrer Sondereinsatzkommandos in das Konfliktgebiet verlegt. Diese Aufstandsbekämpfungseinheiten sind so ausgerüstet und gehen so vor, wie ihr Name vermuten lässt. Aber diesmal hatten sie es mit Streikenden zu tun, die bereit sind, alles zu riskieren. Die durch ihre Arbeitsroutine an gefährliche Situationen gewohnt sind und die mit allen Mitteln protestierten, die sie zur Hand haben, wenn es nötig scheint.

Maskiert ließen sie sich von JournalistInnen begleiten, Filmen und Fotografieren beim Barrikadenbau und bei der Abwehr der Polizei. Ein Laster wird gestoppt, dem Fahrer die Schlüssel abgenommen, quergestellt ist die Autobahn unpassierbar. Dann werden die Leitplanken durchschnitten, so umgebogen dass sie quer zur Fahrbahn stehen. Bäume werden gefällt,

Geröll auf die Fahrbahn gekippt. In einigen Nachrichtensendungen war zu sehen, wie Mineros die eintreffenden Aufstandsbekämpfungseinheiten der Guardia Civil mit Pyrotechnik vom Räumen der Barrikaden abhalten. Aus umfunktionierten Stahlrohren wird mit Feuerwerksraketen, selbstgebaut mit Schwarzpulver aus den Bergwerken, Richtung Polizei gezielt. Dass verzögert den Polizeieinsatz, deren Gewehre mit den Gummigeschossen und Tränengasgranaten so nur erschwert zum Einsatz kommen. Der Polizei fällt es schwer, gegen die immer in Gruppen, arbeitsteilig agierenden Mineros vorzugehen: Ein Minero hält ein Metallschild als Schutz, ein zweiter das Metallrohr, der dritte lädt und zündet die Rakete. Wenn die Polizei näherkommt, werden Zwillen benutzt, mit denen Schrauben und Muttern auf die Polizei abgefeuert werden. So lief eine Aktion am 15. Juni in Campomames in Asturien ab. Ein Pressefotograf wurde bei dieser Aktion schwer an der Brust verletzt durch ein Gummigeschoss, dass frontal auf ihn geschossen wurde. Offiziell schießt die Polizei Gummigeschosse aus den Gewehren mit entsprechendem Aufsatz nur im hohen Bogen, nicht frontal. Aber das ist Theorie. Über verletzte Mineros wird nicht gesprochen – die geben sich auch nicht als Polizeioffer zu erkennen, da sie sonst als Beteiligte juristisch belangt werden könnten. Bei der Aktion in Campomames wurde am 15. Juni auch ein Polizist verletzt, am Auge: Eine Schraubenmutter durchschlug das Visier seines Helmes.

Die Funktionäre der CCOO hat sich vehement von diesen Aktionen distanziert und erklärt, dass seien „isolierte vandalische Akte“, die „mit dem Kampf der Bergarbeiter nichts zu tun“ hätten. Dabei ist es offenkundig ihre eigene Basis, die so kämpft. In der Tageszeitung El País wurde den Mineros vorgeworfen, dass sie zu „urbanen Guerrillamethoden“ greifen würden. Aber mittlerweile werden die Barrikaden von den Mineros nicht mehr verteidigt. Sobald die Guardia Civil auftaucht, flüchten sie. Es gab zu viele Verhaftete und Verletzte. Die Gewerkschaften CCOO und UGT haben am 22. Juni einen „Schwarzen Marsch“ gestartet, auch, um den Protest im Land sichtbarer zu machen. In den drei Bergbauregionen Asturien, Léon und Aragon begannen Gruppen

von Mineros einen 400 km langen Fußmarsch nach Madrid. Jeden Tag liefen sie 20 km.

Auf den Etappen durch die Bergbauregionen wurden sie begeistert empfangen. Am 3. Juli schlossen sich ihnen für einen Tag die Vorsitzenden von CCOO und UGT an. Trotz körperlicher Ermüdungserscheinungen blieb die Motivation der Marschierer bis zum Ziel ungebrochen. Es gab zahlreiche Solidaritätsaufrufe, so einen von Künstlern, den die radikale „Antikapitalistische Linke“ initiiert hat: Der fordert kurzfristig den Erhalt der Subventionen, langfristig alternative Arbeit für die Mineros mit nicht kontaminierenden Energieträgern. Bezug genommen wird auf die Selbstorganisation der Mineros und ein Wirtschaftsmodell gefordert, dass von „denen von unten“ entwickelt wird, „dass sozialen Interessen dient und respektvoll mit dem Planeten umgeht“. Während des „Schwarzen Marsches“ auf Madrid gingen die Proteste in den Bergbauregionen rund um die 47 noch aktiven Zechen weiter. Aufstandseinheiten der Guardia Civil stürmten am 3. Juli zum wiederholten Mal die Kleinstadt Ciñera und machten Jagd auf Mineros, die zuvor am Bau von Barrikaden auf der direkt an Ciñera vorbeiführenden Landstraße und Bahnstrecke beteiligt waren. Eine Gruppe von Mineros hatte zuvor gemeinsam auf Kommando ein Straßenschild mit Betonfuß auf die Bahngleise gewuchtet. Nachdem die Guardia Civil die Bahngleise gestürmt hatte, brauchten sie einen Kran, um die Barrikade zu beseitigen. Kollektives, solidarisches gemeinsames Handeln glauben sie nicht nötig zu haben. Wie anders die Mineros, auch wenn sie auf Demonstrationen mit Frauen und Kindern die Hymne der Heiligen der Bergarbeiter, Santa Bárbara bendita, anstimmen.

Die Regierung versucht sie zu kriminalisieren: ihr Vertreter in Asturien, Gabino de Lorenzo, verkündete am 6. Juli einen Aufruf „an die Gewerkschaften der Bergleute und alle Streikenden, auf Gewalt zu verzichten“. Und zwar unmittelbar nachdem Aufstandsbekämpfungseinheiten der Guardia Civil beim Räumen der blockierten Autobahn bei Polo de Lena so massiv mit Gummikugeln und Tränengasgranaten um sich geschossen hatten, dass durch sie sogar in zwei Wohnungen eine Frau und ein Kind von Gummigeschossen und split-

ternden Glasscheiben verletzt worden waren. Spaniens Innenminister Jorge Fernández Díaz erklärte: „Nur dank der außerordentlichen Professionalität und der Umsicht der Sicherheitskräfte ist es zu verdanken, dass es noch nicht zu einem Todesfall gekommen ist“.

Als der „schwarze Marsch“ am 11. Juli am Kilometer 0 ankam, der Puerta del Sol, dem Zentrum Spaniens, an dem auch das Rathaus der Stadt liegt, weigerte sich die konservative Bürgermeisterin Madrids, Ana Botella, die Mineros zu empfangen. Dafür wurden sie am Straßenrand von Tausenden Demonstrierenden begrüßt: „Ihr seid der Stolz der Arbeiterklasse!“ Feuerwehrleute bildeten einen Schutzring um die 200 TeilnehmerInnen des Marsches und zündeten zur Begrüßung jede Menge Pyrotechnik. Hunderte von Fahnen waren zu sehen: die von den Bergbauregionen Asturien, León, Aragon, rote und republikanische. „Das rebellische, feministische, rote, republikanische, libertäre Madrid“ begrüßte sie, so ein Abgeordneter der linksbaskischen Partei Amaiur, und betonte frenetisch: „Es gab keine einzige Fahne Spaniens – keine, nirgendwo auf den Straßen!“.

Außer in den Geschäften – und auf den Einsatzfahrzeugen der Nationalpolizei. Die große Demonstration am nächsten Tag zum Industrieministerium kam dort nicht an. Mit der Begründung, sie seien mit Böllern beworfen worden, gingen die bekannten Aufstandsbekämpfungseinheiten der Nationalpolizisten mit Gummigeschossen, knüppeln und Tränengas gegen die Demonstrierenden vor. Das Foto einer blutüberströmten Reporterin ging durch viele Zeitungen, das ganze Ausmaß des Einsatzes wurde meist verschwiegen. Es gab Hunderte Verletzte, unter denen auch viele Ältere waren. 18 TeilnehmerInnen wurden verhaftet – die Polizei erklärte umgehend, die meisten seien ihr von „actos antisistemas“ bereits bekannt. Auch die radikale staatsferne Linke Madrids und die Bewegung der Indignad@s hatte sich mit den Bergleuten solidarisiert. An der Puerta Del Sol jagten PolizistInnen bis in Cafés hinein, trafen ihre Gummigeschosse selbst touristische Gruppen.

Wie anders der Empfang der Mineros zwei Tage zuvor, in der Madrider Vorstadt Aravaca. Inmitten der Genossenschaftssiedlung auf der Plaza Rosa Luxemburgo, wurden sie

von den AnwohnerInnen empfangen, es wurde gegessen, getrunken, gesungen. „Der Kampf der Bergleute kann das ganze Land erleuchten“ und „Die Minen für die Mineros – die Einsparungen bei den Bankern“ stand auf riesigen Transparenten. Mit erhobenen Fäusten sangen Alle die Hymne der Bergleute, Santa Bárbara bendita.

Die Melodie ist die gleiche wie bei einem bekannten Lied der republikanischen KämpferInnen, die sich 1936 dem Francoputsch entgegenstellten. In dieser Tradition sehen sie sich: „wir kämpfen wie 1934 und 1962“, heißt es oft, und „sie wollen die letzte starke kämpferische Arbeiterbewegung zerschlagen!“. 1934 lösten die Mineros mit einem militanten Streik gegen die damalige rechte Regierung der CEDA die asturische Revolte aus, deren Dynamik auf ganz Spanien übergriff und zum Wahlsieg der linken Volksfront beitrug, gegen die Franco dann putschte. 1962 führten die Mineros in Asturien auch einen harten Streik durch, den die Francodiktatur massiv zu unterdrücken versuchte. Was ihr nicht gelang. Es war der Beginn der sich illegal organisierenden, damals kommunistisch und linkskatholisch orientierten Arbeiterkommissionen CCOO. Deren Streiks wesentlich zum Niedergang von Francos Diktatur beitrugen. Bei den Mineros gibt es viele, die ihre Stärke aus einem historischen Bewusstsein ziehen und sich als kämpferische Vorhut der Arbeiterklasse sehen. Das klingt etwas zu groß, zumal in Spanien auch in anderen Bereichen gestreikt wird, etwa von den – oft weiblichen – LehrerInnen. Allen gemeinsam ist: sie kämpfen um ihre Existenzgrundlage. Gegen eine rabiate, unsoziale Sparpolitik.

Gaston Kirsche

Der Autor ist Mitglied der kommunistischen Gruppe *bricolage*, Hamburg.

Anmerkung: Genosse Kirsche schreibt von „staatsnahen Gewerkschaftsverbände CCOO und der UGT“ Wir verstehen unter staatsnahen Gewerkschaften Organisationen, die vom Staat abhängig und beeinflusst sind. Das sind die Beiden Gewerkschaften aber in keinem Fall. In Beiden zeigen sich sozialdemokratische Tendenzen, wie wir sie auch von unseren Gewerkschaften kennen. In der aktuellen Krise stehen sie eindeutig in klarer Opposition zu der Regierung Rejoy und zwar in einer Weise, wie man sich das bei uns nur wünschen könnte.

Keine Bremse für die Gier – Agenda 2020 muss her!

Wie hiesige Fanatiker des Kapitals deren Sonne „ohn' Unterlaß“ weiter scheinen lassen wollen



Mit dem Eintritt der Bankenkrise vor bald fünf Jahren hielten manche eilfertigen Betrachter des Zeitgeschehens das Ende des „neoliberalen Zeitalters“ gekommen. Nach kurzer Schreckstarre vermochten aber Akteure und ideologische Begleitmusikanten des Finanzkapitals die finanzielle Stützung des Bankensektors mit staatlich bereitgestellten Steuermitteln aus ohnehin schuldenstrapazierten Staatshaushalten in eine verschärfte „Staatschuldenkrise“ umzudeuten, in deren Folge insbesondere südeuropäische EU-Staaten erleben, wie mit sozialen Restriktionen gegen die breite Masse der Bevölkerung Staatshaushaltsbilanzen auf die Verschuldungsgrenze von 60 % des Bruttoinlandsprodukts herabgedrückt¹ werden. Verborg der Leitbegriff „Wettbewerbsfähigkeit“, und zwar „gesteigert“, seit drei Jahrzehnten das Ziel, den nach 1950 erreichten durchschnittlichen Wert der Arbeitskraft in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zugunsten ungehemmter Verwertungsbedingungen des investierten Kapitals abzusenken, sehen gerade jetzt in der umso dräuender zutage tretenden allgemeinen Überakkumulationskrise die ungehörten Fanatiker der erleichterten Profitmacherei die Situation als günstig, den eingeschlagenen Weg, den die Agenda 2010 des SPD-Kanzlers Schröder mit den Hartz I-IV-Gesetzen ebnete, ohne Irritation weiterzuverfolgen. Unter Bezug auf die angebotstheoretischen Ideenstifter in der OECD, beim Institut der deutschen Wirtschaft und „weisen“ Experten in Gremien und Parteien entwarfen Redakteure der Wirtschaftsredaktion der Welt am Sonntag einen „Masterplan“ für die „deutsche Politik“, zumal „die Gelegenheit günstiger ist denn je“, und sie stellen fest: „Populistische Gruppie-

rungen wie die Linkspartei schwächeln, sachorientierten Debatten steht eigentlich wenig im Weg.“² So schön in Fahrt, liegt die Peilmarke Agenda 2020 gar nicht so fern, um weiterzumachen wie bisher.

Denn „der fatale Fehler moderner sozialstaatlicher Demokratien ist es, dass man sich auf den Lorbeeren erfolgreicher Reformen ausruht“, weiß der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Otto Fricke, und in seinem Sinne formulierten die WamS-Redakteure einen 15-Punkte-Plan, dessen Stoßrichtung wir hier in der Reihenfolge seiner sozialen Auswirkungen auf die BRD-Gesellschaft benennen wollen. Höchstwahrscheinlich wird in der Regierungskoalition zum Jahresende 2013 die FDP nicht mehr vertreten sein; die Enttäuschung über die dann so oder so exekutierte prokapitalistische Politik mit womöglich duldender Stützung durch die Linkspartei wird den medialen Ruf nach den Agenda-Rezepten um so lauter erschallen lassen, denn alles andere „schafft eben keine Arbeitsplätze“ – umso mehr im lahmen Wachstum eine stagnative Tendenz nicht weichen will.

Hartz IV

Die „Masterplaner“ konzedieren die Schwierigkeit für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte, einen Job zu finden, wo sie „deutlich mehr“ verdienen als das, was ihnen der Staat

an Stütze überweist. Ein verworfenes Konzept der „Wirtschaftsweisen verdient es, wieder hervorgeholt zu werden. (...) Senkung des Hartz-IV-Satzes für erwerbsfähige Leistungsbezieher um 30 Prozent (...). Dafür sollen die Hartz-IV-Bezieher mehr Geld behalten können, wenn sie durch eigene Arbeit etwas dazuverdienen.“ Sofern der Leistungsbezieher staatlicherseits die Mietzahlung für einen festen Wohnsitz zur privaten Reproduktion der Arbeitskraft absichert, stände der Ausbreitung des Tagelöhnerwesens wenig entgegen. Da Hartz-IV-Bezieher krankenversichert sind, würden die noch minimal sozialversicherten 400-Euro-Jobs in Auflösung geraten, erhebliche Teile des Teilzeitstellenmarktes verschwinden. Obwohl die „Masterplaner“ wissen: „Der Kombilohn ist schon heute im Hartz-IV-System angelegt. Mehr als eine Million ‚Aufstocker‘ leben von Arbeitslosengeld II und einem Hinzuverdienst“, der allerdings nur einem „Taschengeld“ entspricht, beabsichtigen sie mit mehr „Taschengeld“ die Bettelei um Stundenverdienste bei abgesenkten Fürsorgeleistungen, die eben Obdachlosigkeit noch vermeiden sollen. Ja, so gelingt der „Absprung aus Hartz IV“ in Hartz V.

Altersgrenze/Rente

Das Abdriften grosser Anteile heutiger Lohnempfänger in die Altersarmut ist unter den jetzigen Voraussetzungen unausweichlich. Doch

¹ „Der Portugiese, der sein Frühstück in einem Café einnimmt, zahlt dort 23 Prozent Mehrwertsteuer. Vormals waren es elf Prozent. 15 Prozent sind inzwischen arbeitslos. Wer noch eine Arbeit hat, muss ohne Lohnausgleich Überstunden machen und hat vier gesetzliche Feiertage eingebüßt. Eine Reform des Arbeitsmarktes hat seine eventuelle Entlassung ‚flexibler‘ gestaltet und seine potentielle Abfindung gekürzt. Wenn der Arbeitnehmer für den Staat arbeitet, verliert er in diesem Jahr das Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Die Rentner haben ebenfalls über verringerte Einnahmen zu klagen.

Alle zusammen treffen die Preiserhöhungen bei Strom, Benzin, öffentlichen Verkehrsmitteln und Grundnahrungsmitteln. Und wenn ein Portugiese zum Arzt geht, zahlt er seit Januar fünf Euro pro Konsultation, etwas mehr bei Fachärzten und bei der Notaufnahme zwanzig statt zuvor zehn Euro. Die Gesichter der Betroffenen, die sich gelegentlich mit Blutspenden ein Zubrot verdienen, spiegeln die Depression, die in der Wirtschaftsflaute viele erfasst hat.“ (FAZ 04.08.2012)

² Welt am Sonntag vom 26.08.2012;

<http://www.welt.de/108793784> - 26.08.12

selbst ein Agendaposten Gnadenbrot ist nicht billig genug; Beiträge runter statt rauf! Wer noch nach Sechzig zwanzig Jahre länger leben will und nicht früher sterben, muß dann eben ein paar Jahre länger machen. Und vielleicht stirbt man gerade deswegen dann doch ein wenig früher. „Noch größer wäre der Effekt allerdings, wenn man die starre Altersgrenze einfach abschaffte“. Warum nicht bis 80 arbeiten, wenn man die mickrigen Rentenansprüche so aufbessern kann, besser noch ihre Auszahlung hinauszögert. „Dies entlastet zum einen den Sozialstaat“ und vor allem die Unternehmer, die mit geringeren Beitragszahlungen ihre Bruttolohnzahlungen verringern können. Über letzteres schweigen sich die „Masterplaner“ jedoch diskret aus, denn darum geht es im Kern bei der ganzen Renten- und Demographieangstmache.

Gesundheit

Die „Masterplaner“ bedauern das Versäumnis von „Union und FDP“, die Kopfprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht eingeführt zu haben; statt prozentualem Verdienstbeitrag bleibt die Gleichmacherei zugunsten der „Besserverdienenden“ aus. „Die Chancen waren besser denn je, doch es fehlte der Mut.“ Da bleibt dann nur „ein sparsamerer Umgang mit dem knappen Geld“, vor allem die direkte finanzielle Beteiligung der Patienten mit Zuzahlungen, soweit sie sich das leisten können. Von „Kostenbewußtsein“ der Behandlungsinstanzen, die nur mit mehr Behandlungsfallzahlen höhere Erlöse abrechnen können, ist auch hier nicht die Rede. Doch Obacht: Die private Krankenversicherung könnte „zwangsreformiert“ in eine Einheitsversicherung überführt werden.

Wem schadet und wem nutzt das? Der Einsicht, privat geht vor Staat, ist daher wieder mehr Nachdruck zu verleihen. „Die Liberalisierung von vormals geschützten Märkten in der Telekommunikation und im Energiesektor sowie die Privatisierung (exakter: Kapitalisierung) staatlicher Monopolunternehmen wie Telekom, Post oder Lufthansa haben den Wettbewerb beflügelt und das Wachstum getrieben.“ Zu wessen Nachteil, davon wissen die Beschäftigten bei Bahn und Post ein Lied zu singen, ja selbst die Kunden und Nutzer bei Post und Bahn. Der aktuelle Abwehrstreik der Flugbegleiter bei der Lufthansa ist das jüngste Beispiel gegen Renditetreiberei durch Lohndrückerei. Die „Masterplaner“ sehen „die Uhr wieder zurückgedreht“, Städte „rekommunalisieren“ wieder Strom- und Wasserversorgung, wo es doch Zeit wäre für einen „neuen Privatisierungsschub“. Die „immer noch staatliche Beamtenbahn“ (?) gehört „endlich an die Börse“. Vielleicht kann ein vierteljährliches Praktikum als Zugbegleiter oder am Postschalter die Realitätsverweigerung der „Masterplaner“ kurieren, inklusive Einkommensdifferenz zum Redakteursgehalt.

Familie

Das Dickicht familienpolitischer Leistungen zu durchforsten, dürfte manch Überflüssiges erübrigen. Durchaus zu Recht wenden sich die „Masterplaner“ gegen „das Elterngeld oder das jetzt geplante Betreuungsgeld für Eltern, die auf einen Krippenplatz verzichten.“ Dafür sollten steuerrechtlich „Eltern mehr von ihrem selbstverdienten Geld behalten“, der Staat also auf Steuereinnahmen verzichten, dennoch aber die „bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein umfassendes Betreuungsangebot“ fördern.

Für „eine höhere Frauenerwerbstätigkeit“ muß dann auch der „Fachkräftemangel“ (?) erhalten, wobei es doch eher darum geht, die Konkurrenz auf dem Stellenmarkt zu verschärfen. Darauf zielt auch ein Punktesystem für Immigranten, wäre doch „der Nutzen für die hiesige Wirtschaft noch viel größer, wenn die Zuwanderung gezielt nach dem Bedarf des Arbeitsmarktes gesteuert würde.“ Statt ihrer Rückkehr in ihre Herkunftsländer, wo sie vielleicht dringend gebraucht werden, „sollten ausländische Absolventen deutscher Universitäten grundsätzlich zum Bleiben motiviert werden, (...) damit Deutschland im weltweiten Kampf um kluge Köpfe mithalten kann.“ Auf dem Weltarbeitskräftemarkt zählen eben die Qualifikationen und nicht die naive Menschheitsumarmung libertärer Grenzöffner. Wie viel Punkte eine Einreise ermöglichen, „wird je nach Beschäftigungslage variiert.“

Kündigungsschutz

Genauer gesagt, geht es hierbei um Kündigungsfristen – denn Kündigungsschutz an sich ist eine Fiktion. Wer heuern will, muß rascher feuern können, wobei die „Masterplaner“ wissen, dass die Unternehmer „auf Zeitarbeiter und befristete Beschäftigung“ ausweichen. Warum nicht den gesetzlichen Kündigungsschutz durch ein „Abfindungsmodell“ ersetzen, so daß der Gekündigte „bei der Kündigung auf eine Klage“ verzichtet? Mehr Beschäftigung schafft das nicht – für einen, der rausfliegt, kommt der nächste, usw. Unternehmensberater wissen: Der beflissen gesenkte Blick des „Mitarbeiters“ erhöht nicht die Identifikation mit dem Betrieb. Aber wenn erst alle dauernd gefeuert werden, fallen auch die Ansprüche auf Abfindungen weg. Das Job-Center muß dann gleich Lohnersatz- oder Fürsorgeleistungen zahlen.

Bundesländer/Kommunen/ Steuern

Ob das Aufgehen kleinerer Bundesländer wie Bremen oder das Saarland in angrenzende Länder aus der klammen Kassenlage heraushilft, bleibt fraglich: Schuldenlasten werden nur verschoben, aber

„Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes ist zunehmend von zwei Seiten gefährdet – der Krise im Euro-Raum und dem verbreiteten Wunsch nach mehr sozialen Wohltaten. Dazu zählen (...) etwa ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn oder unbezahlbare rentenpolitische Aufstockungen. Statt dessen müssen wir jetzt das Gaspedal betätigen, um Wachstumskräfte und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu steigern. Wichtige Elemente hierfür sind etwa ein leistungsgerechteres Steuersystem, niedrigere Lohnnebenkosten durch eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und weiterhin wettbewerbsfähige Energiepreise für Unternehmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen.“

Philipp Rösler, Wirtschaftsminister u. FDP-Vorsitzender
im Handelsblatt vom 04. September 2012

Veto-Mehrheiten im Bundesrat gegen falsche bundespolitische Vorhaben aus Berlin unwahrscheinlicher. Die Zuweisung von mehr Steuergeldern an die Gemeinden klingt gut, aber die „Masterplaner“ möchten die Gewerbesteuer lieber gleich abschaffen. Mit flexibler Einnahmepolitik (zu wessen Lasten?) soll es zum „Wettbewerb zwischen den Kommunen kommen“; nur auf welchem Gebiet? Den niedrigsten Steuererhebungssätzen, das bunteste Kulturangebot, die breitesten Straßen, dem teuersten Philharmoniebau? Generell gilt: Schon die Debatte über vermögensbezogene Steuerpläne „schadet dem Wirtschaftsstandort!“ Denn trotz Schuldenbremse im

Grundgesetz wächst die Gefahr, über Steuern „die Einnahmen immer weiter zu erhöhen, weil man nur so unpopuläre Ausgabenkürzungen vermeiden kann.“ Eine „Staatsbremse“ wäre angebracht, um „bei Mehrausgaben an der einen Stelle immer entsprechende Minderausgaben an anderer Stelle“ zu tätigen. Vorbild ist Österreich: Die Alpenrepublik ergänzte die Schuldenbremse in der Verfassung mit einer „Ausgabenbremse“ und erhielt dafür „international Applaus“. Von wem denn? Gewiss Brüdern und Schwestern im Geiste unserer „Masterplaner“.

Die Leser mögen sich fragen: Ja, aber ist das alles so umstürzend neu? So zu denken, läuft auf die schulterzuckend resignative Hinnahme dieser jahrzehntelang gepredigten Einsparideologie hinaus, die einer Minderheit von Vermögenden die Berechtigung zum Aneignen immer größerer Teile vom Wirtschaftsergebnis im Ganzen verschafft. Die schlechende Eingewöhnung an diesen Zustand ist es, die seinem Fortbestand stille Akzeptanz der „Enteigneten“ sichert. Immerhin reagierte das Internetportal *Nachdenkseiten* umgehend mit einem längeren kritischen Kommentar³ und bemerkte: „Die Dosis der Rezeptur, die die Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben und die Spaltung in Arm und Reich vertieft hat,

die Lohn- und Steurdumping ermöglicht hat, prekäre Arbeit zur Normalität werden ließ und den Abbau des Sozialstaats forciert hat, soll einmal mehr erhöht werden.“ Die Kritik des Autors W. Lieb an den „Masterplanern“ bemängelt „ein unglaubliches Maß an Ignoranz (...) seit dem Lambsdorff-Papier vor nunmehr genau 30 Jahren nichts dazu gelernt haben, (...) wie sich der ‚Wohlstand für alle‘ (Ludwig Erhard) erhöhen könnte.“ Aber darum kann es im Sinne eines „doch sie wissen nicht, was sie tun“, nicht gehen; hinter der weiteren „Verschärfung des Austeritätsregimes“ (W. Lieb) stehen Gesellschaftsbilder nach Schnittmustern der US-Republikaner. Ob das bereits so durchdacht ist, sei dahingestellt: Die Formen bürgerlicher Herrschaft erfinden sich immer wieder neu und bedürfen gar nicht der Außerkraftsetzung bürgerlicher Grundfreiheiten. Eine vermögensgespickte Oberklasse aus drei Prozent, die einem Drittel hochqualifizierter Gehalts- oder Lohnempfängern gehobene Konsumstandards zugesteht und den Rest der Bevölkerung im Hamsterrad minderentlohnter Arbeiten rüdeln läßt, braucht nur noch etwas Sport und Spiele für die Herrschaftssicherung auf unabsehbare Dauer.

Projekt Arbeiterpartei
Göttingen, 04.09.2012

³ *nachdenkseiten.de* vom 27.08.2012.
Das von der politischen Linken oft genutzte Bild der „Umverteilung von unten nach oben“ wird auch hier bemüht. Angesichts der Tatsache, dass von unten nicht nach oben umverteilt werden kann, was gar nicht unten ankam, sondern gleich oben hängen blieb (Profite, Grundrente, Kapitalzinsen.), liegt hier eine gedankenbequeme Selbsttäuschung vor.
Die Sprünge der Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 345,5 Mrd./1991 auf 440,2 Mrd./2001 u. 660 Mrd. Euro/2008 (siehe Statistisches Taschenbuch 2010 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) entziehen sich solch populistischen Spruchweisheiten.

UFO-Streik bei der Lufthansa

Es waren keine Unidentified Flying Objects, die den Lufthansa-Vorstand zwangen, seine Kostensenkungspläne beim Kabinenpersonal schwinden zu sehen, sondern irdische Flugbegleiter, die sich gegen Lohnverzicht und Lohndrückerei durch niedriger entlohnte Leiharbeiter mittels Arbeitsverweigerung wehrten. Nachdem es seit über einem Jahr zu keinem Verhandlungsergebnis kam, stimmten Anfang August 97,5 % der Mitglieder dieser Spartengewerkschaft von ca. 18.000 Kabinenpersonalbeschäftigten für Streik. In einer Erklärung für Flugpassagiere vom 3. September heißt es: „Wir haben 13 Monate lang mit den Vertretern des Managements verhandelt, denn wir erkennen an, dass LH als eines der führenden DAX 30-Unternehmen Deutschlands stets über Reformen nachdenken muss – aber nicht

eben am Tarifpartner vorbei. Lufthansa verlangt von uns enorme Lohneinbußen und will gleichzeitig unsere Vergütungsstrukturen zerschlagen. Diese Vergütungsstrukturen ermöglichen es uns aber erst, den Beruf des Flugbegleiters auch über Jahre ausüben zu können.“ Eine Mitteilung von 6. September richtete sich an die „lieben Lufthansaer“: „Die Bodenbetriebsräte und die VC haben sich mit uns solidarisiert. Warum? Weil allen bewusst ist, dass diese Forderungen der Geschäftsleitung gegenüber der Kabine der Anfang zur Auslagerung von Arbeitsplätzen in ALLEN Geschäftsbereichen ist, sogar auch die Ausgliederung von kompletten Konzernbereichen ist ein realistisches Szenario: Lufthansa Systems!“

Das Verbandsprinzip „Berufsgewerkschaft“ organisiert nur Mitglieder mit den gleichen Arbeitsbedingungen. Abweichende Interessenslagen,

zaudernde Geschäftsabteilungen schließt das aus, so dass in diesem Fall bei Fernbleiben des Kabinenpersonals oder wenigstens erheblicher Teile Abflüge schon aus Sicherheitsgründen ausfallen. Die Lufthansa bzw. der Vorstand kann bei 100.000 nicht transportierten Passagieren den Erlösausfall und die Ersatzleistungen beklagen. Eine emnid-Umfrage ergab, dass drei von vier Befragten hierzulande diesen Streik als berechtigt ansehen. Geht da die Genugtuung mit ein, dass hier eine vorwiegend weibliche Berufsgruppe (Stewardessen) es „denen da oben“ mal richtig gezeigt hat? „Selbst die Pilotenstreiks aus den Jahren 2001 und 2010 hatten nicht eine derart durchschlagende Wirkung“ bemerkte eine Pressestimme (HAZ 8.9.)

Gö, 11.9.2012 HZ

Rosa Luxemburg und die Bremer Linke

Ihre Stellung zur russischen und deutschen Revolution.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten*

Am 24. Juni 1916 läutete die von Johann Knief herausgegebene und von seinen Freunden Paul Frölich, Adolf Dannat und den Brüdern Heinrich und Wilhelm Eildermann redaktionell unterstützte Bremer Arbeiterpolitik den ersten Jahrgang dieser „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ mit einem Grundsatzartikel über die neue „Epoche der Arbeiterpolitik“ ein. Sie hebt folgendermaßen an:

„Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen. ... Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bureaucratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus.“

Bewusst knüpfte die Bremer „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ in diesem ersten Grundsatzartikel an die Polemik von Rosa Luxemburg gegen Karl Kautsky an, mit der sie am 15. April 1915 ihren Beitrag in der ersten Nummer der Zeitschrift *Die Internationale* eröffnete hatte: „Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen.“ Schon am 17. April und 15. August 1915 hatte Johann Knief in Schreiben an Rudolf Franz die Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg herausgestrichen. Aber er ging noch einen Schritt weiter: Die „schneidige Kritik“ von Clara Zetkin und Rosa

Luxemburg in der *Internationale* zeige ihm: „Es geht nicht mehr mit den ‚Führern‘ – nur noch gegen sie kommen wir weiter! Die Taktik der Phrase ist bankrott, und ihre Trümmer rauchen vom Blute der Millionen Arbeiter, die ihrem Schein trauten. ... Jetzt kommt die Taktik der Tat.“ Und die zwingt zur Beachtung der Gewerkschaftsfrage, denn diese seien einerseits „der Herd des Organi-

Bremen als Pfeiler des Radikalismus in Deutschland (Rosa Luxemburg)

sationsfimmels der deutschen Arbeiter“, aber zugleich auch die Organisationen, in denen die neue Taktik zuerst zum Durchbruch kommen müsse.

Damit sind die Probleme benannt, die bis zur Beurteilung der russischen und deutschen Revolution bei aller prinzipiellen Übereinstimmung gelegentlich Anlass zu unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Lage zwischen Rosa Luxemburg und der Bremer Linken gaben. Im radikalen Zorn auf die Partei- und Gewerkschaftsbürokratien erfuhren sie in Bremen eine weitere Zuspitzung, weil diese „Instanzen“ immer wieder zum „blödsinnigen Betonen des Nationalen“ neigten. Eine Hervorhebung, die im „Zeitalter des Imperialismus als reaktionär“ einzustufen sei.

Am 11. November 1916 zog die Arbeiterpolitik eine erste Bilanz – im zehnten Monat nach der ersten öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite durch „die Opposition des Parteizentrums“ und sieben Monate nach der Konstituierung zu einer selbständigen Fraktion als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (24. März 1916), die die Frage nach „einer klaren, schlagkräftigen, aktionsfähigen und zum Handeln entschlossenen Partei“ und den „Aufgaben eines neuen Jugendorgans“ neu stellte. Unter dem Titel „Ein Schulbeispiel“ werden dabei die „Parteivorgänge in Bremen“ einer ge-

nauen Betrachtung unterzogen, weil sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Interesse beanspruchten: „In ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der ‚Bremer Bürger-Zeitung‘ deren politische und taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Härte geführt, so daß lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war.“

Das waren die Voraussetzungen, die dazu führten, dass „eine radikalere Luft in der Partei zu wehen begann“, wie Heinrich Brandler festhielt, als er 1904 seine Tätigkeit in Bremen als Redakteur der BBZ und als Gewerkschaftssekretär beim Bremer Maurerverband begann und für die Jugendgruppe der Sozialdemokratie das Verbandsorgan *Junge Garde* herausgab. Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindustrie, verstärkte die „Fundamentalpolitisierung“ in der Arbeiterbewegung Bremens, deren Gewerkschaftskartell 1904 15.471 Mitglieder nachweisen konnte, von denen lediglich ein Drittel politisch in der Sozialdemokratie organisiert war. Die Bevölkerung wuchs in der Hansestadt von rund 125.000 Einwohnern um 1890 auf 250.000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Gröpelingen und Hastedt. Einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung und auf die Kultur- und Bildungspolitik übte seit der Jahrhundertwende die von den Bremer Linken unter ihren Chefredakteuren Heinrich Schulz und Alfred

*Um die Anhänge (versch. R. Luxemburg Schriften) gekürzter Vortrag, gehalten auf der Tagung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft am 5.10.2011 in Moskau

Henke geprägte *Bremer Bürgerzeitung* aus – mit ihren mehr als 10.000 Abonnenten bei einer Auflage von 22.500 Exemplaren um 1913. Ihr Redakteur Heinrich Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 mit zahlreichen Bremern in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit eingesetzt hatte. Aufgabe sozialistischer Jugend-erziehung sei es, so Brandler am 30. Juni 1908 in der *Bremer Bürgerzeitung* (BBZ), Jugendliche zu „tüchtigen Klassenkämpfern“ zu erziehen. Mit den damaligen Repräsentanten der Bremer Linken, Alfred Henke und Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden des Bremer Holzarbeiter-Verbandes und des Bildungsausschusses der Sozialdemokratie, wurden Heinrich Brandler und Johann Knief gegen die Vertreter des reformistischen Flügels (Hermann Rhein und Carl Winkelmann) zu Delegierten auf dem Parteitag in Nürnberg (13. – 19. 9. 1908) gewählt, der über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der inzwischen von Heinrich Schulz geleiteten SPD-Parteischule in Berlin zu entscheiden hatte. Auch hier folgten sie dem Plädoyer von Rosa Luxemburg gegen Kurt Eisner und Max Maurenbrecher. Der junge Bremer Lehrer Heinrich Eildermann (Arnulf) hatte für den Nürnberger Parteitag das Lied der Arbeiterjugend verfasst – zu der Melodie des Andreas Hofer-Liedes: „Dem Morgenrot entgegen, / ihr Kampfgenossen all! ... Vorwärts, du Junge Garde des Proletariats!“

Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken in der Gewerkschaftsfrage

Beeinflusst von den radikalen Sozialisten entwickelten die Bremer eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben dem Goethebund-Streit (1905) und der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen Lehrern aus dem Schuldienst (1906) vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer geplanten Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug. In der innerparteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zen-

trum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistischen „Ermattungsstrategie“ von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für *Die Neue Zeit* und die *BBZ* das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen. Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde – gestützt auf die Stimmung der Bremer Werftarbeiter – für die Masse der Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein. Nicht nur für Rosa Luxemburg galt Bremen deshalb schon in der Vorkriegszeit als „Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“.

Anton Pannekoek hatte in seinen Bremer Jahren von 1909 bis 1914 als theoretischer Kopf und hauptamtlicher Weiterbildungslehrer die Massenstreik-Diskussion innerhalb der SPD – in kritischer Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg und Karl Kautsky – mit seiner Theorie der revolutionären Massen in einem von Spontaneitäts-Prämissen geprägten Organisationsverständnis weiter entwickelt. Er maß dabei dem subjektiven Faktor eine größere Bedeutung zu und wurde deshalb von Karl Kautsky des „Radikalismus“ und der „syndikalistischen Verirrung“ verdächtigt. Auch Lenin polemisierte in seiner Schrift „Über den linken Radikalismus. Die Kinderkrankheiten im Kommunismus“ gegen Karl Horner (das war das Pseudonym von Pannekoek). In Übereinstimmung mit den Syndikalisten gestand Pannekoek in seiner Kritik an den Gewerkschaften der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) zu: „Wenn die Syndikalisten die revolutionäre Aktivität predigen, so ist das sicher ein gutes und notwendiges Prinzip; auch ist es richtig, daß die Quelle aller Aktionskraft in den Mitgliedern steckt, die die Ausbeutung direkt erleiden, und daß also der Einfluß der Mitglieder gestärkt werden muß.“ Dagegen nahm der damalige linke Gewerkschaftsfunktionär aus Chemnitz, Heinrich Brandler, Rosa Luxemburgs entschiedene Absage an jegliche Kooperation mit den Syndikalisten zum Anlass, die langjährige Zusammenarbeit mit den Bremer Linksradikalen einzustellen. 1916 wandte sich Brandler gegen seinen Mitstreiter Paul Frölich, den damaligen Redakteur der *Arbeiterpolitik*. Dieser hatte eine Artikelserie in der *Arbeiterpolitik* zu Gewerkschafts-

problemen verfasst, die er beendete mit dem Appell „Schluß mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“. Anschließend teilte Brandler dem Chefredakteur Johann Knief mit, auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten: „Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nichts um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile mehr für die ‚Arbeiterpolitik‘ geschrieben.“

Aber es waren nicht diese Differenzen in der Gewerkschaftsfrage, die zwischen Rosa Luxemburg als Theoretikerin der Spartakus-Gruppe und Anton Pannekoek und Johann Knief als herausragende Köpfe der Internationalen Sozialisten (ISD, ab 1918 IKP) zu Kontroversen und zu einem zeitweiligen Bruch der Bremer Linken mit Rosa Luxemburg führten. Die langjährige Kampfgemeinschaft zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken hatte ihren Höhepunkt im März/April 1910 erlebt, als Rosa Luxemburg mit ihrer Rede zu den Massenstreikaktionen auf der Protestdemonstration zur Wahlrechtsdebatte am 6. April 1910 vor rund 4.000 Teilnehmern die Bremer Linken im Casino zu Begeisterungstürmen hinriß. Sie zerbrach neben unterschiedlichen Auffassungen zum Problem der organisatorischen Selbständigkeit gegenüber dem Parteizentrum früh an der Verteidigung ihres polnischen Intimfeindes Karl Radek durch die *BBZ*. In dem Brief vom 15.11.1912 verweigerte sich Rosa Luxemburg, „in der *Bremer Bürgerzeitung* gegen Kautsky zu polemisieren“, weil „Ihr Blatt seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft ... bloß eines Individuums wegen und bloß unter Einflüsterungen dieses Individuums.“ Und sie fuhr fort: „Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des ‚Radikalismus‘ in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatt beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen ein Mann wie Sie gut tun würde, respektvoll den Hut zu ziehen ... Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation auf das

schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist“. Radek hatte in Polen gegen Rosa Luxemburg, aber mit Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit für die staatliche Autonomie Polens plädiert und den Führungsstil von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in ihren polnischen Jahren kritisiert. Rosa Luxemburg beendete den Brief an Henke folgendermaßen: „Solange solche Zustände (einer Cliquenwirtschaft) in der Bremer Bürger-Zeitung herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft in diesem Blatt keine Rede sein.“ (dazu der handschriftlichen Brief an Henke im Anhang)

Halten wir fest: Die Auseinandersetzung mit den freien Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Bremer Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der 1905 nach zahlreichen Abstimmungs-niederlagen zum Parteivorstand nach Berlin ging, gewannen in Bremen durch den Rückgriff auf die Theorien von Luxemburg und Pannekoek eine neue Qualität, die in der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel des Massenstreiks und der Gewerkschaften zu jahrelangen Auseinandersetzungen der Linken in der Sozialdemokratie mit den Funktionären in den Gewerkschaften führte. Und weil es den Bremer Linken nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gewann die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung – mit der Gründung einer autonomen Bildungseinrichtung durch die 1905 vollzogene Trennung vom bürgerlichen „Goethe-Bund“ und die Einstellung einer fest und gut besoldeten Lehrkraft (Pannekoek), um die von Rosa Luxemburg geforderte Erziehung zum kritischen und selbständigen Denken und Handeln zu fördern.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Russischen Revolution

Bis Ende 1918 gab es kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbar

starke Basis besaßen wie die Linksradikalen in Bremen. Das war auch das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems auf den Werften und der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der Sozialdemokratie bis 1917. Von der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken dadurch, dass sie das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war. Deshalb wurde Karl Radeks scharfe Kritik an der Behandlung der „Vaterlandsverteidigung“ in der „Junius-Broschüre“ in den Nummern 6, 7 und 8 des ersten Jahrgangs der Arbeiterpolitik in voller Länge abgedruckt. Außerdem verweigerten die Bremer Linken aus prinzipiellen Gründen jegliches organisatorische Zusammengehen mit der zentristischen USPD, zu dem sich die Spartakusgruppe entschieden hatte. In der Bürokratie der alten Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, erkannten sie den Kern des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit den Syndikalisten teilten sie die Überzeugung von der totalen Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Ersten Weltkrieg. Deshalb plädierten sie ab August 1917 bis März 1920 als linkskommunistisches Sammelbecken der Opposition (ISD/IKP) in der Ende 1918 mit ihrer Unterstützung in Berlin neu gegründeten KPD (Spartakus) für eine neue „gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation“, genauer für die notwendige Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den „Einheitsorganisationen“. Auf dem Gründungsparteitag der KPD scheiterten sie mit diesem von Felix Schmidt und Karl Becker eingebrachten Antrag am Widerspruch von Rosa Luxemburg. Dagegen gelang ihnen in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein Erfolg über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit 62 gegen 23 Stimmen siegten die „Rühlianer“ (Otto Rühle) mit den Bremer Vertretern der IKPD. Sie plädierten mit Ausnahme von Johann Knief für die Nichtbeteiligung. Dazu schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 11.

Januar 1919: „Vergiß nicht, daß die Spartakisten zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ‚alten bewährten‘ Partei – und das muß mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen“.

In Fragen des „Führertums“ der neuen Partei blieben die Bremer Linken bei den Positionen, die sie am 10. März 1917 in der Nr. 10 des 2. Jahrgangs der Arbeiterpolitik in Übereinstimmung mit den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (Julian Borchardt) prinzipiell festgelegt hatten: „Um zu verhindern, daß bei der Neugründung der Partei der alte Geist lediglich in neue Formen gegossen wird, kommt es auf die Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung an. Was wir brauchen, um zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, das heißt Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur ausführende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln.“ (S. 77).

Eine Bestätigung für diese Position sahen sie in dem Brief Lenins an den Bauernkongress von Ende Mai 1917, den sie am 28. Juli 1917 im 2. Jg. der Nr. 30 der Arbeiterpolitik als Abschluss des Beitrags zum „Fortgang der russischen Revolution“ (S. 229-232) komplett zitieren. Hierin beschrieb Lenin „die großen Differenzen, die sie von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki trennen“: die Fragen des Bodens, des Krieges und der staatlichen Organisationen. Zur letzteren hielt Lenin in Übereinstimmung mit den Linksradikalen der Arbeiterpolitik und wohl auch mit Rosa Luxemburg fest: „Unsere Partei erstrebt eine andere Art demokratischer Republik. Wir wollen eine Republik ohne eine vom Volk getrennte Polizei; eine Republik, in der alle Beamte von unten bis oben vom Volk gewählt werden und ersetzt werden können und nicht mehr verdienen als ein tüchtiger Arbeiter; eine Republik, wo alle Kommandierenden in der Armee vom Volk gewählt werden, wo die stehende Armee durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt wird. Wir wollen eine solche Republik, damit alle Regierungsmacht nur bei den Räten von Arbeitern,

Bauern, Soldaten und anderer Delegierter beruht. Denn Arbeiter und Bauern bilden die Masse der Bevölkerung, sie müssen die Regierung in den Händen haben, nicht die Grundbesitzer und Kapitalisten.“ (S.232)

Wie schon in seinem „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“ vom April 1917 setzte Lenin auf Grund seiner langen Verbindung zu der Bremer Linken im August 1917 in dem Schreiben an das Auslandsbüro des ZK erneut auf die Linksradi-kalen der Arbeiterpolitik: Er forderte die Einberufung einer internationalen Konferenz der Linken zur Gründung der III. Internationale. Hauptkern sollte neben den Bolschewiki und anderen aufrechten Internationalisten die Richtung bilden, „die in der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ Propaganda treibt“. Auch für Rosa Luxemburg blieb die Bremer „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ trotz ihrer Zurückhaltung gegenüber einigen Positionen der Bremer Linken ein unverzichtbares Informationsorgan. So bestand sie im November 1916 im Gefängnis Wronke wie auch während der Schutzhaft in Breslau darauf, die Bremer Arbeiterpolitik zu abonnieren. Diese Wochenschrift berichtete regelmäßig ab 1916 über Probleme der Arbeiterbewegung in Rußland, ab März 1917 verstärkt über den Fortgang der Revolution und ab 17.11.1917 (u. a. aus der Feder von Knief und Radek) regelmäßig über den Ablauf der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, ergänzt um zahlreiche Beiträge von Lenin und Auszüge aus den Zentralorganen der Bolschewiki. Deshalb darf davon ausgegangen werden, dass Rosa Luxemburg bei der Abfassung ihres unvollendeten Gefängnis-manuskripts vom September 1918 über die Russische Revolution auf diese Bremer Beiträge zurückgegriffen hat. Diese Spur ist bislang in der Forschung nicht verfolgt worden, selbst intime Kenner wie Annelies Laschitzka und Gerhard Engel übersehen diesen Zusammenhang.

Die umstrittene redaktionelle Bemerkung von Ernst Meyer zu Rosa Luxemburgs Grundsatzartikel in der Nr. 11 der Spartakusbrie-fe vom September 1918 über die mit dem Brest-Litowsker Frieden aus ihrer Sicht verknüpfte „Russische Tragödie“ gab den Anlass zu der unvollendet gebliebenen Niederschrift zur russischen

Revolution: „Befürchtungen, die auch in unseren Kreisen vielfach vorhanden sind – Befürchtungen, die aus der objektiven Lage der Bolschewiki, nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen, ... ohne die deutsche Revolution keine Rettung der russischen Revolution ... Es bleibt nur eine Lösung: der Massen-aufstand des deutschen Proletariats“. So Ernst Meyer in der Bemerkung, die Luxemburg so empörte. Eine Fußnote, die durchaus im Einklang mit der Auffassung der Bremer Linken um Knief stand. So veröffentlichte die Arbeiterpolitik ab 14. September 1918 mehrere Grundsatzbeiträge zu den „Aufgaben der Bolschewiki“ nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk; so u. a. von Fritz Frenken, der die Spartakusgruppe wegen der Zusammenarbeit mit der USPD verlassen und sich den Bremer Linken der ISP (später IKP) angeschlossen hatte. Frenken war im April 1917 nach seiner Verhaftung an die Ostfront geschickt worden und erlag dort seinen Kriegsverletzungen im Lazarett von Brest-Litowsk. Die Bremer Linken hatten durch die Zusammenarbeit mit Lenin, Bucharin und Radek früh Kontakt zu den Anhängern der Februar-Revolution von 1917 und damit zur bolschewistischen Richtung der russischen Sozialdemokratie aufgenommen. Auch sie kritisierten mit Rosa Luxemburg aus prinzipiellen Gründen das Organisationsmodell der Bolschewiki und lehnten jede Form des demokratischen Zentralismus ab. Im Oktober 1918 verurteilten sie den „Weißen Terror“ mit Entschiedenheit, verwarfen aber zugleich „den Terrorismus der Bolschewiki, soweit die Erschießung von Geißeln oder wehrlosen Geschöpfen in Betracht kommt“. Sie sahen sich dabei jedoch „weit entfernt von dem tendenziösen Gejammer, welches in der bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse über die ‚Greuel-taten‘ der Bolschewiki angestimmt wird“, weil „wir mit vollstem Einverständnis den Kampf unserer russischen Genossen gegen die offenen (wehrfähigen) Gegner des Sozialismus unterstützen. Alles, was sich in Rußland den kommunistischen Maßnahmen der Regierung gewaltsam entgegenstellt, hat unterdrückt zu werden im Interesse der großen Allgemeinheit“. Noch im Dezember 1918 verurteilte Johann Knief deshalb Rosa Luxemburgs scharfe Absage an jeglichen Terror als Inst-

ument einer sozialistischen Politik. Trotz der frühen Kritik an „verfehlten harten Maßnahmen“ der Bolschewiki identifizierten sie sich – wie schon am 17. März 1917 zur Februar-Revolution – als erste politische Gruppierung mit der bolschewistischen Oktoberrevolution. Am 17. November 1917 feiert die Arbeiterpolitik den „Sieg der Bolschewiki“, der „russischen Linksradi-kalen“. Und sie fügten hinzu: „Die russischen Jakobiner sind vor eine fürchterlichere Aufgabe gestellt als ihre berühmten Vorgänger aus der französischen Revolution, eine Aufgabe, deren Lösung kaum glaublich erscheint.“ Aber sie haben Lenin an der „Spitze der russischen Staatsmacht“. Lenin wird charakterisiert als ein „Mann von unbändigem revolutionären Feuer getragen, ein eiserner Charakter von riesiger Energie, von unbeugsamer Konsequenz, ein Todfeind jedes zersetzenden Opportunismus.“ Als Beleg wird ein Beitrag von Lenin hinzugefügt („Die Krise naht der Lösung“), ergänzt um den Essay von Radek über die „Weltlage und die russische Revolution“.

Als Johann Knief am 27. November 1918 die erste Ausgabe der Bremer Tageszeitung *Der Kommunist* herausgab, führte er zur Namensgebung der am 23. November in Bremen sich konstituierenden IKPD in der Ausgabe vom 28. November aus: Dieser Name bedeutet die „offene, unverhohlene und bedingungslose Solidarität mit unseren russischen Genossen und ihren revolutionären Kampfmethoden, er bedeutet den festen Wunsch und Entschluß, ihnen unerschütterlich auf ihrem Weg zu folgen, er bedeutet den heiligen Wunsch, die russische Revolution über Deutschland auf den Westen auszudehnen, damit sie zur europäischen Revolution, zur Weltrevolution werde“. Die Zeitung veröffentlichte Beiträge von Lenin und informierte regelmäßig über die revolutionären Veränderungen in Rußland. Am 4. Dezember 1918 publizierte *Der Kommunist* aus Bremen das komplette Referat Lenins vom 22. Oktober 1918 auf der gemeinsamen Sitzung des Moskauer Sowjets, der Gewerkschaften und des Allrussischen Zentralkomitees. Schon in der zweiten Nummer konnte man das Schreiben Lenins vom 3. Oktober 1918 an die Gemeinsame Sitzung des Allrussischen Zentralkomitees und des Moskauer Sowjets mit den Vertretern der Betriebskomitees

zur Kenntnis nehmen. Immer wieder plädierte die Tageszeitung, wie auch die Wochenschrift Arbeiterpolitik: „Für Rußland, für die Bolschewiki.“ Unmissverständlich wurde die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert.

Nirgendwo sonst dürfte sich in Deutschland der Einfluss der Oktoberrevolution auf die Linken in der Arbeiterbewegung so authentisch dokumentieren. Die Bremer Linksradiكالen passten sich ab November 1918 als IKP unter dem Eindruck der Oktober- und Novemberrevolution den veränderten revolutionären Verhältnissen an. Sie definierten sich als eine kommunistische Gruppe und riefen in der Arbeiterpolitik am 9. November 1918 die „Kommunistische Republik“ aus mit dem Zusatz, der ihr internationales Selbstverständnis dokumentiert: „Es lebe die Weltrevolution“.

Stellung zur Novemberrevolution und zur Räterepublik.

Am 9. November veröffentlichte die Arbeiterpolitik als Aufhänger einen gut vorbereiteten „Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands.“ Einen Aufruf gegen die sog. „Volksregierung der Scheidemann und Bauer u. a. unter dem Vorsitz des Prinzen Max v. Baden“, die das Proletariat weiter belügt und bestiehlt, um „die nationale Verteidigung, den Krieg bis zum letzten Mann, den Krieg der Greise und Kinder“ zu organisieren. In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergebe sich für das Proletariat folgende Gegenwartsforderungen:

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß

sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.

2. Die unverzügliche Freilassung aller, die für die Sache des Proletariats,

„Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns“

wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. - Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählte Revolutionstribunale.

3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.

5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.

6. Nationalisierung allen Groß- und Mittelgrundbesitzes. Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.

8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

Anschließend folgen in den nächsten Nummern zunächst keine weiteren Einzelheiten zur politischen Entwicklung in Deutschland, sondern die Internationalen Sozialisten berichten über den weißen Terror in Rußland und informieren über internationale Appelle zur Rettung des „Programms des revolutionären Sozialismus“ (Pannekoek), ergänzt am 23. November 1918 um einem langen „Offenen Brief an Seine Exzellenz, den kaiserlichen Staatssekretär ohne Portfeuille, Herrn Philipp Scheidemann, das Haupt einer Partei, die einmal republikanisch und auch sozialistisch war“, verfasst von Karl Radek als Mitglied des Zentralkomitees in Moskau am 21. Oktober 1918. Auch der von schwererer Krankheit gezeichnete Johann Knief meldet sich am 30. November

1918 mit zwei Beiträgen zu Wort: In dem Beitrag zu „Entente und die deutsche Arbeiterklasse“ schreibt er über die Notwendigkeit, dass „im revolutionären Kampf, nur im Bündnis mit dem bolschewistischen Rußland das deutsche Proletariat der Entente entgegenzutreten kann“, um deren „Oberherrschaft in Europa zum Einfall in das innere Asien und den fernen Orient“ zu verhindern, und um so das „Friedenswerk des Kommunismus“ zu beginnen. Und in der gleichen Ausgabe postulierte er für die Bremer IKPD „Grundsätzliches über das Verhältnis Internationale Kommunisten und Unabhängige zueinander.“ Dabei geht es ihm in Anlehnung an Pannekoek und Luxemburg

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergebe sich für das Proletariat folgende

Gegenwartsforderungen:

Zur Erzwingung und Uebernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsauschuß muß durch Unterkommissionen sich der Refforts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

- | | |
|---|--|
| <p>1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.</p> <p>2. Die unverzügliche Freilassung aller, die für die Sache des Proletariats, wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. - Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählte Revolutionstribunale.</p> | <p>3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.</p> <p>4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.</p> <p>5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.</p> <p>6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.</p> <p>7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.</p> <p>8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.</p> |
|---|--|

Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, daß euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik!

Es lebe die Weltrevolution!

um „den Kern der gesamten Taktik des proletarischen Klassenkampfes“: die Massenaktionen. Denn „alle politischen Kämpfe von historischer Bedeutung sind Massenkämpfe“. Und „der politische Massenstreik ist die Achse der gesamten linksradikalen Taktik. Er ist kein einmaliger Akt, kein Putsch, sondern ein Prozeß von Kämpfen, in denen sich sozialistische Schulung mit dem Anwachsen der Macht und der Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse vereinen. Alle anderen Kampfformen, Parlamentarismus, Presse-Agitationen, Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift, Organisierung usw. sind nur organischer Bestandteil der Massenaktionen. Individuelle Gewaltakte gehören in das Waffenarsenal des Anarchismus und stehen im Widerspruch zur Taktik der Massenaktionen“. Erst danach widmet sich die Arbeiterpolitik ab dem 7. Dezember 1918 ausführlich den revolutionären Verhältnissen in Deutschland, erneut eingeleitet von Johann Knief mit einem Grundsatzbeitrag: „Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution“, ergänzt um „Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung“ und am 21. Dezember 1918 zur Frage „Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur?“ Dazwischen finden sich Beiträge von Lenin zum „Militärprogramm der proletarischen Revolution“ und von Pannekoek zu „Der Sozialismus der sozialistischen Regierung“ und „Bolschewismus und Demokratie.“

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage in Bremen dramatisch zugespitzt und trotz aller Gegensätze zu einem breiten Bündnis der Linken geführt, das in der Ausrufung der Bremer Räterepublik am 10. Januar 1919 seinen Höhepunkt erlebte. Dem waren erfolgreiche Streiks vorgegangen. Die Werftarbeiter setzten neue fortschrittliche Fabrikordnungen durch – auf der Grundlage des von Josef Miller, dem Vorsitzenden der Arbeiterrates der AG Weser, geleiteten Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates. Dieser hatte am 11. November 1918 ein „Sozialpolitisches Programm für das Fabrikwesen“ verabschiedet, u. a. mit der Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden und der Revision der bestehenden Arbeitsordnung durch den Arbeiterrat. Am 12. Januar 1919 verkündete *Der Kommunist* den „Sieg des Proletariats in Bremen. Nieder

mit der Regierung Ebert- Scheidemann!“ Auf Anregung von Knief wurde die „völlige Durchführung der Bewaffnung des Proletariats sowie die restlose Entwaffnung des Bürgertums“ in das Programm der Sozialistischen Republik Bremen mit aufgenommen.

Neben den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialisten gehörten die Syndikalisten von Anfang an zu den entschiedenen Anhängern der Bremer Räterepublik. Karl Plättner wurde z. B. nach seiner Teilnahme am Gründungsparteitag der KPD in Berlin ab Januar 1919 Mitglied des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates und Vorsitzender der kommunistischen Vertrauensleute in Bremen wie auch des Bezirks Nordwest der KPD, bevor er mit seinen „Expropriationsaktionen“ in Form von Bank- und Kassenüberfällen ab 1920 in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet für den „organisierten Bandenkampf“ eintrat. Mit der Massendemonstration vom 29. November 1918 sorgten die Syndikalisten im Kampf gegen die „Sozialpatrioten“ und „Ebertsozialisten“ mit der Abwahl der Mehrheitssozialisten (MSPD) und der Bürgerlichen aus dem Arbeiter und Soldaten-Rat für die Radikalisierung der Rätebewegung. Sie plädierten mit den Kommunisten dafür, dass die zu wählenden Arbeiterräte als ständig bestehender Wahlkörper ausschließlich dem Betrieb zuzuordnen waren. Nur so ließ sich ein enger Kontakt zwischen Wählern und Gewählten herstellen. Auch konnte so die ständige Kontrolle der Delegierten des Betriebes im Arbeiterrat abgesichert und eine Abberufung und Neuwahl der Delegierten bei Verfehlungen durchgeführt werden. Dieses eingeschränkte Wahlrecht mit dem Ziel, die bisherige „Diktatur der Bourgeoisie“ durch die „Diktatur des Proletariats“ abzulösen, scheiterte nicht nur an dem vom Bremer Handelskapital und dem von der MSPD-Führung geforderten Interventionsbeschluss der Reichsregierung unter Ebert und Noske gegen Bremen. Es waren auch Dauerkonflikte im eigenen Lager, die das baldige Ende ankündigten. Gegen den Beschluss des neuen Regierungsorgans, dem Rat der Volksbeauftragten, vom 12. Januar 1919 legte sich die Fraktion der USPD mit dem Soldatenrat darauf fest, sich an den Wahlen zur Nationalversamm-

lung am 19. Januar 1919 zu beteiligen. Schon im Dezember 1918 hatten die Bremer USPD-Vertreter und späteren Mitglieder der Volkskommissariate der Räteregierung, Alfred Faust und Adam Frasunkiewicz, auf dem Berliner Kongress der Arbeiter und Soldaten-Räte für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung gestimmt. Das höchste deutsche Rätégremium entschied sich am 21. Dezember 1918 mehrheitlich für die bürgerliche parlamentarische Republik in Deutschland. Auch in Bremen beugte sich die Räteregierung dem Druck aus dem Lager der bürgerlichen Gegner. Am 19. Januar 1919 sprachen sie sich gegen zwei Stimmen für die Einberufung einer Bremischen Volksvertretung aus.

Die Radikalisierung im Rahmen des ersten Versuches in Deutschland, das Räte-system zu praktizieren, erwies sich nach weniger als 90 Tagen nicht nur durch den Druck von außen als arbeits- und regierungsunfähig. Es waren trotz erstaunlicher Erfolge im Bereich der Sozial- und Schulpolitik innere Widersprüche, die zur Niederlage beitrugen. Auch wenn der alte Senat und die Bürgerschaft als politische Institution und als Verwaltungsorgane ausgeschaltet worden waren, so lebte das „Ancien Régime“ als eingeschränkte Doppelherrschaft staatsrechtlich fort. Der alte Senat behielt seinen Apparat für die Fortsetzung der Beamtentätigkeit und für die (Finanz-)Deputationen. Die Anerkennung der alten Gerichte und der Schutz des Privateigentums und der Banken musste zugesichert werden, so dass nach der baldigen Kreditsperre der Banken sich die Zahlungsunfähigkeit der Räteregierung abzeichnete. Auch in der Frage der Vorzensur und der Pressefreiheit sah man sich am 22. Januar 1919 zu Zugeständnissen gezwungen.

Die Arbeiterpolitik fasste die Ereignisse nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik in ihrer letzten Ausgabe vom 8. Februar 1919 in einem langen Leitartikel so zusammen: „Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution! Sie hat einen Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht, doch hat sie die Elemente, die schon vorher auf die Arbeiterrevolution hinarbeiteten, an die Oberfläche des politischen Lebens ge-

bracht! Diese Elemente, die bisher nur geheim ihre Tätigkeit ausüben konnten, die in verborgenen Wohnungen und zum großen Teil in Gefängnissen lebten, verrichten jetzt ihre Tätigkeit mit verstärkten Kräften vor aller Welt Augen. Der Kommunismus ist die Losung, unter der sie sich zu gemeinsamen Kämpfen zusammenfinden“.

Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik durch die Noske-Truppen am 4. Februar 1919 finden wir die Anhänger dieser Gruppe ebenso in der KPD wie in der KAPD, später in der KPO. Einige blieben von Anfang an bei den Syndikalisten oder organisierten sich gewerkschaftlich in der AAU. Was sie zeitlebens einte, blieb trotz aller Differenzen der hohe Respekt vor und die Achtung von Rosa Luxemburg. Bezeichnend dafür ist, dass Alfred Faust (USPD) als Volkskommissar für Presse und Propaganda des Rates der Volksbeauftragten der Bremer Räterepublik seinen Posten am 17. Januar 1919 niederlegte, weil er es versäumt hatte, einen Artikel in der von den Räteorganen zugelassenen konservativen „Weser-Zeitung“ zu zensieren, der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begrüßt hatte. Schon Anfang Dezember hatte dieses von den „Pfeffersäcken“ um Ludwig Roselius finanzierte Presseorgan darauf aufmerksam gemacht, dass „Bremen im ganzen Reich für die Hochburg und das Experimentierfeld der Spartakusgruppe“ gelte. Diese Kapitalfraktion forderte mit der Bremer MSPD den ihnen aus seinen Bremer Tagen als Arbeitersekretär vertrauten Reichskanzler Friedrich Ebert auf, Truppen nach Bremen zu senden, um dem „Terror der Arbeiterführer und Arbeiter“ ein Ende zu bereiten: „Lieber Albion als Spartakus“ (so das Preußische Generalkonsulat in Bremen am 4. 12. 1918 an) „den Reichskanzler. Seine Exzellenz Herrn Ebert.“

Zusammenfassung: Rosa Luxemburg und die Bremer Linkradikalen. Unterschiedliche Gemeinsamkeiten

Trotz der konsequenten und kontinuierlichen Solidarität mit den Bolschewiki kann nicht übersehen werden, dass das Demokratiekonzept der Bremer Linken in vielerlei

Hinsicht Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und der praktizierten bolschewistischen Revolutionspolitik in Rußland entgegenstand und sich Ende Dezember 1918 den Vorstellungen von Rosa Luxemburg und denen der Spartakusgruppe wieder anzunähern begann. Das Eigenleben der Bremer Arbeiterintellektuellen erschwerte die Einordnung in die traditionellen Strukturen des Marxismus-Leninismus und erlaubte immer wieder Ausgrenzungen. Bis zu der von Georg Conert inspirierten Publikation der *Gruppe Arbeiterpolitik* über „Die Bremer Linkradikalen“ von 1969 und 1979 fehlen Hinweise auf die Zusammenarbeit der Bremer Linken mit Rosa Luxemburg in den Jahren 1917/18. Selbst der in Bremen als Redakteur der *BBZ* unter Alfred Henke tätige und anschließend die *Arbeiterpolitik* seines Freundes Johann Knief mitprägende oppositionelle Kommunist Paul Frölich widmet als intimer Zeitzeuge der Entstehung dieser konfliktreichen Kooperation in seiner Rosa Luxemburg-Biographie keine Zeile. Auch die soliden Forschungsarbeiten von Georg Engel über die *Arbeiterpolitik* von 1967 klammern dieses Problem der unterschiedlichen Gemeinsamkeiten weitgehend aus. Noch in der jüngst von ihm vorgelegten Biographie über Johann Knief sucht man vergeblich nach Spuren eines Zusammenhangs der kritischen Betrachtungen zur russischen Revolution, die von den Bremern um Johann Knief und Rosa Luxemburg vorgelegt wurden. Das ist umso erstaunlicher, weil der neue, auf die Arbeiterintelligenz setzende Kurs von Chruschtschow nicht nur im Moskau der fünfziger Jahre eine Öffnung gegenüber nichtzentristischen Modellen des Kommunismus erlaubte. Exemplarisch sei dafür auf die Studie von S. I. Spiwak verwiesen, der der „Geschichte der Bremer Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands“ in der Nummer 9 der Zeitschrift *WOPROSSY ISTORII* einen in Deutschland bislang unbeachteten Beitrag widmet. Da die Bremer Gruppe mit ihren syndikalistischen Abwechslern zu den Gründern der KPD in Deutschland zählte, konnte man sie allerdings ebenso wenig gänzlich übersehen wie die Anhänger Rosa Luxemburgs. Und so ist es kein Zufall, dass sie nach 1989 eine Renais-

sance erlebten. Das betraf neben Rosa Luxemburg und Johann Knief auch Karl Radek, den polnischen Juden aus Lemberg, der als verlängerter Arm Lenins den Bremer Linken, besonders Johann Knief, in den Krisenjahren des Aufbruchs persönlich näher stand als Rosa Luxemburg. Von Radek, dem zu Provokationen neigenden Zyniker mit blutendem Herzen, stammt eine Anekdote, mit der er die auch von den Bremern bekämpfte Vorliebe der Sozialdemokraten zur strengsten Disziplin und ihren festen Glauben an jede „Obrigkeit“ zu charakterisieren versucht: Als die Berliner Arbeiter in den Novembertagen das Reichstagsgebäude erstürmen wollten, sei ein sozialdemokratischer Funktionär auf einen Laternenpfahl geklettert und habe, so laut er konnte, gerufen: „Aufpassen, Kameraden, nicht auf den Rasen treten!“. Der holländische KZ-Häftling Nico Rost erzählt diese Anekdote in Dachau seinem Nürnberger Freund Heini Stöhr, um zu erklären, warum „Zehntausende deutscher Sozialdemokraten trotz ihres guten Willens und obwohl sie viel belesener und entwickelter waren als die meisten Arbeiter in den anderen Ländern Europas, doch beinahe nichts getan haben, um den Nazis den Weg zur Macht zu versperren“.

Folgt man den jüngeren Forschungen zu Rosa Luxemburg, dann ist unübersehbar, dass die Bremer Linkradikalen um Johann Knief und Anton Pannekoek seit der Massenstreikdebatte von 1906 mit Rosa Luxemburg entschieden für die Spontaneität der proletarischen Massen plädierten. Immer wieder betonten sie mit Rosa Luxemburg die Notwendigkeit einer basisorientierten Konzeption jeder sozialistischen Bewegung, die dem Organisationszentrismus Lenins mit dem ZK als aktiver Kern einer Partei diametral entgegenstand. Allein Rosa Luxemburgs Kritik an der „reichlichen Anwendung des Terrors durch die (russische) Räteregierung“ traten sie aus tagespolitischen Gründen mit einer behutsameren, einschränkenden Auffassung entgegen. Von Anfang an ist dem Bremer Konzept der antizentralistischen und antiparlamentarischen Organisationsvorstellung aber auch eine Nähe zu der niederländischen SDP von Anton Pannekoek und Hermann Corter mit deren Forderung nach der „Selbstbewußtseinsentwicklung

des Proletariats“ nicht abzusprechen; auch nicht zu dem kommunistischen Anarchismus von Gustav Landauer und Erich Mühsam, mit denen Knief im Sommer 1917 in München persönlichen Kontakt aufnahm. Mit den Linkskommunisten um Otto Rühle entwickelte sich, im Gegensatz zu der Hamburger Richtung von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, seit November 1915 mit der Ablehnung der Kriegskredite und der „Vaterlandsverteidigung“ eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Und es ist kein Zufall, dass in der *Arbeiterpolitik* auch die Repräsentanten des Austromarxismus um Friedrich Adler (am 4. 3. 1918 zum Problem der Vaterlandsverteidigung) und Otto Bauer (am 4. 5. 1918 zum 100. Geburtstag von Karl Marx) neben zahlreichen Beiträgen von Lenin (z. B. Artikelserie am 20. 7., 27. 7. und 3. 8. 1918 „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“) zu Wort kamen. Am 20. April 1918 äußerte sich Friedrich Adler zum zentralen Dauerthema der Bremer Linken: „Der Kampf um Kultur im neuen Klassenstaat“.

Das aus diesem linken Bremer Amalgam der zeitweiligen Zusammenarbeit von Linksozialisten, Kommunisten und Syndikalisten resultierende politische Denken und Handeln erlebte eine Zuspitzung mit den dramatischen Ereignissen der Novemberrevolution. Diese gaben Ende November 1918 in Bremen den Anlass zur Gründung der Partei der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Die postulierte radikale Trennung von der USPD veranlasste den vom Tode gezeichneten Johann Knief, ab dem 27. November 1918 neben der „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ zusätzlich eine Tageszeitung zur Kommentierung der revolutionären Ereignisse herauszugeben: „Der Kommunist. Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands“ – eine Tageszeitung, die sich im Gegensatz zur *Arbeiterpolitik* durch eine größere Nähe zu Lenin auszeichnete und die Kritik am Berliner Parteizentrum der Spartakusgruppe verstärkte. Eine Überanstrengung, die – trotz der gescheiterten Versuche der Eroberung der Staatsmacht – nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 durch die Noske-Truppen das Bremer linke Bündnis nicht gänzlich

zerstörte, sondern zu tief reichenden und langfristig wirkenden kulturellen Prägungen einer antiautoritären Sozialismus-Auffassung Anlass gab. Sie zog aus der Erfahrung mit und der Kritik an den Bürokratisierungstendenzen der großen Arbeiterorganisationen ihre Kraft und war bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts mit der Ablehnung des demokratischen Zentralismus und einer starken betrieblichen Orientierung jederzeit zum Engagement gegen autoritäre Bestrebungen zu mobilisieren. Und dennoch empfanden die Bremer Internationalen Kommunisten es nicht als Widerspruch, wenn sie nach der Niederlage der revolutionären Arbeiter Bremens ihr politisches Vermächtnis in der letzten Nummer der *Arbeiterpolitik* vom 8. Februar 1919 unter der Überschrift „Was wollen die Kommunisten“ mit einem Bekenntnis zur russischen Revolution verknüpften und mit Auszügen aus der Verfassung der russischen Sowjetrepublik beendeten: „Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution. Sie hat den Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht ... In Rußland haben unsere Genossen gesiegt. Die Diktatur des Proletariats ist dort verwirklicht ...“

Mit den Bremern „aus verpaßten Chancen lernen!“

(Rosa Luxemburg).

Das abschließend auf der letzten Seite der *Arbeiterpolitik* abgedruckte „Rebellenlied“ von Erich Mühsam fordert alle Oppositionellen dazu auf:

„Germane, Römer, Jud und Ruß
In einem Bund zusammen,
Der Völker brüderlicher Kuß
Löscht alle Kriegesflammen.
Jetzt gilt's, die Freiheit aufzustellen.
Die rote Fahne hoch, Rebellen!“

Exkurs 1: Unterdrückung der Eigeninitiativen als Strukturproblem der deutschen Arbeiterbewegung

In der systematischen Unterdrückung der Eigeninitiativen von unten hatten die Bremer Linken in Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg eine wesentliche Ursache für

die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gesehen. Hier gilt es anzuknüpfen und in der Bildungsarbeit eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung wieder einzuüben. Nur so ließe sich eine sozialistische Republik von unten erreichen. Hat jedoch ein solcher Ansatz überhaupt angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man in den Führungsetagen der von SPD-Mitgliedern nach wie vor dominierten Gewerkschaften bereit, über notwendige Veränderungen nachzudenken?

Angesichts der Fehler und des Versagens der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung faßte Peter Weiss – in Kenntnis der Schriften von Rosa Luxemburg und neben Gramsci auch von Johann Knief, August Thalheimer und Heinrich Brandler – lange vor 1989 noch einmal seine Reflexionen über die Opfer des Faschismus und Stalinismus, wie auch die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager in Folge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes, so zusammen:

„Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden mußte, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, daß alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen und verwildert war, als daß es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigne Geschichte geben könnte. Wir wa-

ren schrecklich bedroht. Wir mußten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mußten wir unsre Wahl treffen – doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte“.

Sich wie der Arzt und Sexualpädagoge Max Hodann von der Partei abzuwenden, muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit – als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert – bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, das Projekt Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“, so schon August Thalheimer, die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“ ist zu überwinden „und statt dessen das freiwillige von

der Selbstdisziplin geleitete, zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewußte kollektive Handeln“ zu fordern. Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“, aber auch des „noch nicht Erreichhabens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen“. Soweit August Thalheimer in seinem erst 1971 veröffentlichten Manuskript „Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst“.

Und Peter Weiss, der uns in seiner Bildungsreise mitten durch die Kriege der Klassen vornehmlich auf den Spuren der konspirativen Arbeit und inneren Konflikte der deutschen kommunistischen Zellen – von Bremen 1918/19 aus über die Exiljahre in Frankreich, Spanien und Schweden – führt, hält resümierend fest: „Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und gemordeten Hoffnungen. Von der Strangulierung des Spanischen Bürgerkriegs, der Preisgabe der Widerstandsbewegung nach dem 2. Weltkrieg, der Verschacherung der westlichen Kommunistischen Parteien durch den Marshallplan, bis zur Aufteilung in die Großmachtblöcke Ost und West, wölbt der Dunghaufen Europa seine Fäulnis immer höher, stinkend zum Himmel.“ Im Schlussband der Romantrilogie konstatiert Weiss mit einer kaum zu übertreffenden Härte und Klarheit: „Dies war das Furchtbare, daß die Partei, deren Aufgabe es gewesen wäre, für die Befreiung der Kultur zu wirken, ihre schöpferischen Denker vernichtete und nur die Schablonen noch gelten ließ. Sie alle, die sich um Luxemburg versammelt hatten, waren Fürsprecher einer Revolution gewesen, die die guten Fähigkeiten der Menschen zur Entwicklung bringen sollte, und so wie der Faschismus eingeschlagen hatte auf die differenzierten Leistungen von Kunst und Literatur, so war auch vom Zentrum des Kommunismus die Destruktion der Intellektuellen angeordnet worden.“

Ein anderer herausragender und intimer Zeitzeuge dieser Ereignisse, Heinrich Brandler (1881-1967), hat wenige Wochen vor seinem Tode (in Gegenwart seiner Bremer und Hamburger Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik) die wesentlichen Kritikpunkte dieser Entwicklung noch einmal im Rückblick auf die Ereignis-

nisse in Bremen zusammenzufassen versucht. Brandler ging dabei von der Frage aus, warum schon vor dem Faschismus die Einheitsfront scheiterte und die Volksfrontpolitik als alternativer Ansatz im Exil zu bekämpfen war. Der Nachfolger von Paul Levi als Vorsitzender der KPD war zum Sündenbock für die „verratene Revolution“ vom Oktober 1923 mit ihrer gescheiterten Bündnispolitik erklärt worden. Vergeblich hatte Brandler anschließend versucht, mit seinen Weggefährten aus Bremen die inzwischen stalinisierte KPD „zurückzuerobern“. Aber, so Brandler, „wir standen immer unter dem Vorwurf, wir seien Luxemburgianer mit allen ihren Fehlern“. Dabei habe er seit seinen Bremer Jahren ab 1904 gelegentlich gegen Rosa Luxemburg argumentiert, besonders was die Gewerkschaftsbürokratie und den Massenstreik betraf. Und mit den Bremer Linken um Johann Knief sei er im Herbst 1916 der Kritik von Rosa und Jogiches entgegengetreten, „daß wir uns zu sehr mit der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ solidarisierten“ und zu wenig mit dem Spartakusbund. „Wir haben zwar die ganze Zeit zu den Linksradikalen um Rosa Luxemburg, Mehring usw. gehört, das bedeutet aber nicht, daß wir ihre Politik, die auch Lenin kritisierte und wie sie in der Juniusbroschüre vertreten wurde, in allen Fragen unterstützten, was damals in der ‚Arbeiterpolitik‘ abgedruckt wurde, die wir unterstützten“. Brandlers Kritik an den Arbeiter- und Soldatenräten, die er wegen ihrer wenig kämpferischen Politik und der Zustimmung zur Nationalversammlung als „Angst- und Sorgenräte“ charakterisierte, veranlasste ihn Ende Januar 1919, die Rolle der Räte als selbständige Staatsorgane der Revolution zu begründen und dazu die Broschüre „Durch Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ vorzulegen. Auf dem ersten Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands von 1920 konkretisierte Brandler in Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding (USPD) seine politische Einheitsfronttaktik (mit den Arbeitern zum Sieg durch Wahlen in den Betrieben) in einer Rede, auf die er in seinen zahlreichen Referaten auf den Betriebsrätekonferenzen in Bremen, Hamburg, Sachsen, Thüringen und Rheinland-Westfalen immer wieder zurückgriff – „Referate, die ich noch 1922, als ich nach der Amnestie nach dem

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

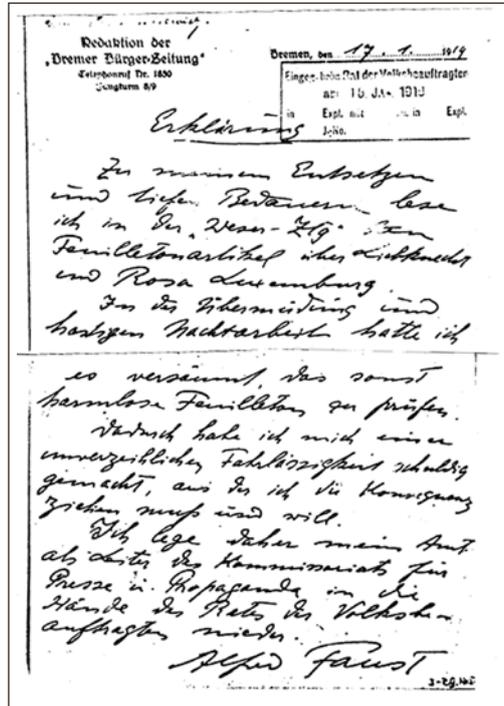
Rathenau-Mord zurückkam, gehalten habe“ (S. 17). Orientiert an den eigenen Erfahrungen als Gewerkschaftssekretär des Bauarbeiter-Verbandes in Bremen und Chemnitz setzte Brandler stets auf den Masseneinfluss der reformistischen Gewerkschaften und vertraute nicht allein der Partei. Deshalb sprach er sich 1920 gegen die „Schaffung der Kommunistischen Internationale als einer zentralen Einheitsorganisation für die Entwicklung des Weltkommunismus und der Weltrevolution aus, die von Moskau aus ... die Führung übernimmt“. (S. 6).

Denn „mein Standpunkt ist – und davon bin ich immer ausgegangen: Nur wenn man den entscheidenden Teil der Arbeiterklasse für die revolutionären Ziele gewinnen kann, nicht nur für die Propaganda, sondern daß sie in der Tat sich dafür einsetzen, dann ist die Revolution möglich“. (S.6) Schon 1916 hätte er sich, so Brandler in seinen Erinnerungen von 1967, gegen Paul Frölichs Artikelserie in der Arbeiterpolitik zu Gewerkschaftsproblemen gewandt und Frölichs Appell: „Schluß mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“ bekämpft. Deshalb habe er dem Chefredakteur Johann Knief mitgeteilt, auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten: „Wegen dieses Artikels habe ich dann abgelehnt. Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Wor- auf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nicht um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile mehr für die ‚Arbeiterpolitik‘ geschrieben“. (S. 3).

Exkurs 2: Fortsetzung des Kampfes in den Gewerkschaften nach 1918 am Beispiel von Josef (Sepp) Miller.

Einfluss gewannen die Bremer Anhänger der Räterepublik in den Gewerkschaften, insbesondere in dem von USPD-Mitgliedern beherrschten Metallarbeiter-Verband und dort vor allem in den Großbetrieben im Werftenbereich unter den gewählten Arbeiterräten. Eine eigenständige Rolle übernahm dabei

Josef (Sepp) Miller. Schon vor dem Ersten Weltkrieg zählte er zu den einflussreichen Bremen Linksradi- kalen innerhalb des noch geeinten Bremer Ortsvereins der SPD und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). Er prägte mit Paul Frölich, Hans Höcker und Willi Deisen das linke Vertrauensmännersystem auf der A.G. Weser. Er initiierte immer



Alfred Faust (USPD): Rücktritt als Volkskommissar der Bremer Räterepublik am 17. Januar 1917

wieder Flugblatt- und Streikaktionen und wurde wegen der Teilnahme an dem Bremer Werftarbeiterstreik vom 14. Juli bis zum 8. August 1913 gemaßregelt. Als Mitglied des Arbeiterrates gelang es ihm, auf der A. G. Weser für die damals 10.988 Beschäftigten während der Novemberrevolution Lohnforderungen durchzusetzen und eine Fabrikordnung zu verabschieden, die eine Vorbildfunktion erlangte. Die oppositionelle Liste der Syndikalistinnen und Kommunisten gewann bis 1924 stets eindeutig gegenüber der Gewerkschaftsliste bei den Betriebsratswahlen auf der Werft. Miller blieb als Mitglied der kommunistischen Fraktion des Arbeiter- und Soldatenrates in alle wichtigen Entscheidungen der Räterepublik einbezogen und sorgte in enger Übereinstimmung mit Johann Knief für die Bewaffnung der Werftarbeiter. Als Mitglied der vom Arbeiter und Soldaten-Rat gewählten Verhand-

lungsdelegation konnte er am 3. Februar 1919 in Verden die militärische Intervention der Gerstenberger und des Freikorps Caspari gegen die Räterepublik und somit das Blutvergießen vom 4. Februar 1919 nicht verhindern. Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik wählten ihn die Bremer Metallarbeiter im Februar 1919 zu ihrem 1. Bevollmächtigten. Er organisierte u.a. am 6. März 1919 den Streik für die Befreiung der revolutionären Funktionäre der Räterepublik, die nach dem 4. Februar 1919 in den Mißler-Auswandererhallen interniert worden waren. Ebenfalls war Miller am 13. April 1919 führend an dem Generalstreik beteiligt, mit dem USPD, KPD, die Syndikalistinnen und die Gewerkschaften den Belagerungszustand in Bremen aufzuheben versuchten. Die Bürger antworteten, unterstützt vom Senat, mit einem „Abwehrstreik“, der als „Stacheldrahtostern“ in die Geschichte einging. Im Oktober 1919 nahm Miller als gewählter Delegierter am Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart teil. Hier trug er mit seiner Stimme zur Abwahl des alten Vorstands unter Leitung von Alexander Schlicke bei. Er half dort, die umstrittene Resolution durchzusetzen, die von dem neu gewählten Vorsitzenden Robert Dißmann (USPD) eingebracht worden vor: „Die Generalversammlung verwirft die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.“ – mit 194 gegen 129 Stimmen. Dagegen scheiterte Miller mit dem Antrag, den DMV auf der Grundlage von selbständigen Betriebsorganisationen neu aufzubauen und anschließend den DMV in die Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) zu überführen: „Nun ist die wichtigste Frage, ob die Gewerkschaften in der Lage sind, revolutionäre Kämpfe zu führen. Das bezweifle ich. ... Die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit sind konterrevolutionär und werden von den Kapitalisten auch so eingeschätzt. ... Wenn man aber alle Macht den Arbeiterräten geben will, dann ist es jetzt an der Zeit, eine Organisation zu finden, aus der die Räte herauswachsen, und das ist die Betriebsorganisation.“ Gegen

das „verpönte Bonzentum“, so Miller weiter auf dem Verbandstag von 1919, „müssen wir die Mitglieder zwingen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. ... Was hindert uns daran, den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Grundlage für die große allgemeine Arbeiterunion zu machen? Der Gedanke bewegt die Herzen und Köpfe einer großen Zahl von Mitgliedern.“ Wesentlich erfolgreicher war Miller mit dem Antrag, der Sowjetunion über den DMV brüderliche Hilfe und Unterstützung u. a. durch die Aufnahme

wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zukommen zu lassen. Das Plädoyer des international eingestellten Friedenskämpfers, der vor dem Ersten Weltkrieg seine geistige Prägung als einfacher Schlosser unter Anleitung von Anton Pannekoek und Johann Knief im Bildungsausschuss der Bremer Arbeiterbewegung erfahren hatte, endete mit den Worten des französischen Sozialisten Jean Jaurès aus Anlass des Balkan-Krieges: „Er zog damals die Worte aus Schillers Glocke an: *vivos voco, mortuos plango, fulgura*

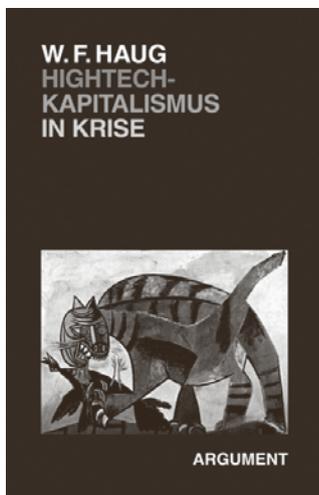
frango. Die Lebenden rufe ich, die Toten beklage ich, die Blitze breche ich.“ Mit diesen „Worten an die Genossen im Ausland“ verabschiedete sich Miller von seiner Organisation der Metallarbeiter. Denn die neue linke Führung unter Robert Dißmann und Richard Müller, den Repräsentanten der „Revolutionären Obleute“, begegnete den „Spalterern“ um Miller mit einer „Reverskampagne“, die zum Ausschluss derjenigen Mitglieder führte, die sich weiter zur AAU bekannten.

Jörg Wollenberg

Rezension

Statt journalistischer Tagesschau

Hier ein täglich tagesaktuelles Buch zur seit Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten andauernden Kapitalismuskrisis: Ein besorgter Hintergrundbericht mit marxistischer Analyse.



Wolfgang Fritz Haug ist ein alter Marxist. Das scheint mir bei Jahrgang 1936 und nach seinen gut fünfzig Herausgeberjahren bei einer linken Theoriezeitschrift eine erlaubte Formulierung. Der monumentalste Beleg ist das von ihm inspirierte *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus*, das im November mit dem zehnten schweren Wälzer aufwartet. Er wird rund 1.000 Spalten umfassen und von „*Krisentheorien bis Linie Luxemburg-Gramsci*“ reichen.

Konsumfrieden auf Kredit

Mit diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Haug scharf beobachtet, was er in seinem jüngsten Buch ausdrücklich als „*grosse Krise*“ bezeichnet. Es ist sicher mehr als eine jener quasi normalen Krisen, die seit eh und je zum Kapitalismus gehörten. Vor allem geht es im Kern nicht um eine Finanzkrise, wie viele das gerne sahen und andere uns glauben machen wollten. Diese oberflächliche Sichtweise (ver)führte nämlich dazu, für das Ganze einfach „*das Finanzkapital haftbar zu machen, während die Politik sich darauf konzentrierte, das Finanzwesen als kapitalistisches zu retten, statt es in öffentliche Hände zu geben*“. Nach der Krise des privaten Kreditwesens, die durch vorgezogenen Konsum entstanden war, liess sich so mit staatlicher Hilfe ein momentaner Frieden erkaufen, „*um den Preis künftiger Konflikte*“. Im nächsten Akt beginne nun „*das Drama demokratischer Staaten, die in Schulden eintreibende Agenturen im Interesse einer globalen Oligarchie von Investoren verwandelt werden*“. Dies zitiert Haug von einem Kollegen. Er greift in seiner Analyse oft auf aktuelle Kommentare aus verschiedenen Weltgegenden und politischen Richtungen zurück. Seit auch Medien, die der Wirtschaft nahestehenden, zuweilen Kapitalismuskritik erlauben, gibt das reizvolle Ergänzungen her.

„Chimerika“ in der Krise

Haug verwendet die Formel von der „*Überakkumulationskrise des Hightech-Kapitalismus*“ und lehnt sich damit an einen von ihm vor zehn Jahren verfassten Band an, wo er sich mit der modernsten, bereits transnational agierenden Produktionsweise auseinandergesetzt hatte. Was änderte sich seitdem? „*Die Verschiebungen in den politisch-ökonomischen Weltverhältnissen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind kaum weniger dramatisch als die 1989 vom Fall der Berliner Mauer besiegelten.*“ Nach dem Ausscheiden des staatssozialistischen Systemkonkurrenten schienen die USA als einzige Supermacht übrig geblieben. Inzwischen entwickelt sich der ostasiatische Wirtschaftsraum zum neuen Gravitationsfeld des Weltkapitalismus, mit China als dem neuen Wachstumszentrum. Nach einer vertieften Analyse der Finanzkrise ist denn auch der Hauptteil des Buches dieser „*Hegemoniekrise*“ gewidmet, ein Kapitel ist mit „*Chimerika*“ überschrieben. Ist womöglich das riesige, offiziell nach wie vor kommunistische Land nur noch „*eine Sub-Ökonomie der USA?*“ Haug folgt damit einem Gedankenexperiment, das 2007 in einer internationalen Finanzzeitschrift zur Diskussion gestellt wurde und er leuchtet die darin enthaltene Herr-Knecht-Dialektik sorgfältig aus. „*China musste sich fürs Erste mit dem zugewiesenen Platz am unteren Ende der Wertschöpfungskette abfinden.*“ Strategisch wurde von der Regierung eine gewisse Unterordnung gegenüber den Kapitalinteressen akzeptiert. Doch die Schwäche verwandelte sich aufgrund schierer Grössenverhältnisse unaufhaltsam in Stärke, obwohl

nur wenige Prozent des mit chinesischen Waren in den USA erzielten Umsatzes von chinesischer Seite angeeignet werden konnten. Es war die Menge, die den Ausschlag gab. Mit den Dollarabwertungen holten sich die USA von den in Dollar angelegten chinesischen Überschüssen rund 40 Prozent wieder zurück. „Wenn China fortfuhr, trotz des Wertverfalls US-Schatzbriefe zu kaufen, so aufgrund eines der Mysterien, die der Kapitalismus dem gesunden Menschenverstand bietet.“

Spannend und warnend

Dies nur eine kleine, stark geraffte Passage als Beispiel für die spannende Darstellung der Dynamik. Im differenzierten Blick auf China steckt viel Verständnis für die Lage der dort Verantwortlichen. Ziel war es, „den Kapitalismus für die Modernisierung einzuspannen“, doch das Geld blieb mächtiger. Was ihm im Wege stand, „beseitigte es teils mit dem Magnetismus des Verlangens“, teils mit gekaufter privater wie staatlicher Gewalt. Aber zugleich versuchte die Regierung, gegenzusteuern und die Wendung hin zu einer sozial gerechteren und die Umweltzerstörung eindämmenden Politik zu vollziehen. Nicht weniger sorgfältig nimmt Haug die Situation in den USA unter die Lupe. Obama versus Tea Party: Klar, wo trotz spürbarer Enttäuschung die Sympathien liegen. Ein tragischer Held? Mehr tragisch als Held. Bei fortwährender Obstruktion der politischen Gegenspieler sollte der Reformpräsident im „Führungsland des Kapitalismus“ die Probleme einer schon beinahe postindustriellen Gesellschaft bewältigen, „die zunehmend auf Pump lebte“. Allein seit 2001 verloren die USA rund fünf Millionen Industriearbeitsplätze an Billiglohnländer, bei denen sie enorme Schulden akkumulierten. Das musste in eine Krise führen. Doch eine grosse Krise des Welthandels stellt die Grundannahmen des Chimerika-Modells in Frage. Zehntausende chinesischer Fabriken mussten schliessen, Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter fanden sich auf der Strasse wieder und strebten zurück in ihre Heimatdörfer. ...

Es lohnt sich, statt der ewig gleichen Berichte über die US-Wahlen und das Buhlen der westlichen Wirt-

schaft um Zugang zu chinesischen Märkten dieses analysierende Protokoll der jüngsten Vergangenheit zu lesen. Danach werden sich die Tagesaktualitäten zumindest besser einordnen lassen. Auf eine Prognose verzichtet der Autor vernünftigerweise. Wohl sei der Neoliberalismus, der die letzte Phase der Privatisierungen und Entgrenzungen der Nationalökonomien „praktisch-ideologisch geformt hat, nun wirklich in seiner geschichtlichen Produktivität erschöpft“. Aber das Ende des Kapitalismus wäre das noch längst nicht. Sorge bereitet Haug, dass die Völker im Krisenfall gegeneinander statt zum Beispiel gemeinsam gegen die Macht der Finanzmärkte agieren könnten. Populismus und Aufhetzung sind im Aufwind, wie sich auch im Zuge der Euro-Krise zeigt. Kurz vor Schluss, wo es um „Grenzen des Kapitalismus“ geht, dann plötzlich dies: „Grosse Krisen schreiben Bewusstseinsgeschichte. Mit einem Mal führen eingefahrene Geleise ins Nichts, alte Einheit bekommt Risse, während gewohnte Spaltungen ihren Sinn verlieren und die geglaubte Ewigkeit des Bestehenden wegaltert.“ Das sei der Moment der Querköpfe, der Selbstdenkenden. Haug bestätigt mit dem Buch, dass er einer von ihnen ist.

Eine neue soziale Bewegung

Wenn er die Bedeutung der „praktisch-politischen Wir-Kräfte“ unterstreicht, die es braucht, um „der pessimistischen Lähmung entgegenzuwirken“, und auf neue soziale Bewegungen verweist, knüpft Haug an alte Hoffnungen an. Offensichtlich blieb die Arbeiterbewegung, „traditionell die wichtigste Kraft des sozialen Protests“, auch in der Krise des globalisierten Hightech-Kapitalismus geschwächt. Explosiv gewachsen sei aber mit dem Internet die Rolle weltweiter Netzwerke, es gibt „eine nach klassischen Kategorien schwer fassbare Hightech-Rebellion“. Entsteht aus all dem eine neue geschichtswirksame Kraft? „Wir werden immer wieder über unsere Hoffnungen stolpern.“

haste

Wolfgang Fritz Haug:

Hightech-Kapitalismus in der Grossen Krise
Argument-Verlag, Hamburg 2012,
366 Seiten, 19,50 Euro

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 176 Sommer 2012, 36 S.

- Tarifrunde, Ein Erfolg auf ganzer Linie?
- Die Partei Die Linke in einer tiefen Krise
- Arabischer Frühling?
- Türkei, ein neues Wirtschaftswunder?
- Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil II
- Kommunalwahlen in Großbritannien
- Die BBC-Rede von Heinz Kundel

Nr. 175 Frühjahr 2012, 36 S.

- Tarifrunde 2012
- Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil I
- Lateinamerika 2012
- Die Kriminalisierung antifaschistischer Gesinnung
- 40 Jahre Berufsverbote
- Wie tief steckt der Staat im Naziterror
- Sozialproteste in Rumänien
- Nachruf auf Roy Thalheimer
- Rezensionen!

Nr. 174 Winter 2011/12, 32 S.

- Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise
- Unsere Jahreskonferenz
- 40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme
- Proteste in Spanien
- Der Aufruhr in Großbritannien
- Modell Ungarn
- Vor 120 Jahren geboren: Alfred Schmidt

Nr. 173 Herbst 2011, 36 S.

- Kuba: Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt
- Die nicht gehaltene Festspielrede 2011
- Die Spaltung der KPO 1938
- Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmera in den USA
- Die Legende wird fortgeschrieben
- Rezension: Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf
- Rezension: Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

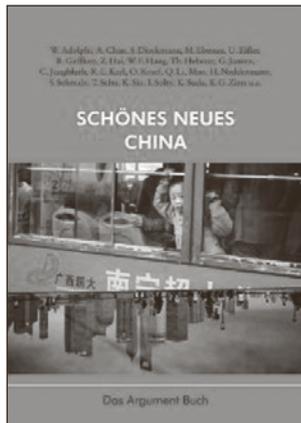
Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Rezension

Neue (linke) China-Analysen

Dass das Riesenland ökonomisch boomt, ist nachgerade allen bekannt. Aber ist dies das einzige, was uns an China interessiert?



Nur sechs Jahre nach dem ersten legt „Das Argument“ ein zweites Sonderheft über China vor. Wieder ein Buch von gut 300 Seiten. Die gewaltigen Widersprüche eines Landes, das in diesem kurzen Zeitraum mit seinem rasanten Wirtschaftswachstum zur globalen Kraft wurde, stehen nach dem Titel des Editorials für den „grossen Widerspruch in der Welt“. Aber wo steht China in ihr nun? Schon im Zentrum? Noch in der Peripherie? „Jedenfalls dort, wo Entscheidendes für die ganze Welt passiert“, stellt Wolfram Adolphi fest.

Viele, zum Teil jüngere, Fachleute verschiedener Sparten leuchten nicht nur die Ökonomie aus, obschon sie Kernthema bleibt – mit differenzierten Blicken auch auf die sich im Lande ausbreitenden Streiks, auf das Arbeitsrecht, „die Entwicklung des Klassenbewusstseins chinesischer Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter 1980-2010“. Stimmen aus dem Land selbst kommen nicht nur in Zitaten zu Wort. In einem ausführlichen Interview, das – mit nützlichen Anmerkungen des Übersetzer – einer chinesischen Zeitschrift entnommen wurde, blickt Li Quing, der Direktor des Instituts für Human- und Sozialwissenschaften in Peking, auf die

nun dreissig Jahre der „Reform- und Öffnungspolitik“ zurück. Zuweilen wirken seine Aussagen, verglichen mit dem, was wir bei uns von Leuten in vergleichbaren Positionen gewohnt sind, in ihrer Offenheit und auch eingestandenem Unsicherheit fast naiv. Er vermittelt das Bild einer Gesellschaft auf dem Weg zum offiziell proklamierten Ziel einer allgemeinen Harmonie. Hier ein Münsterchen: „Wenn ein Mensch sich entsprechend anstrengt, muss er die Chance haben, der Mittelschicht anzugehören. Gegenwärtig gibt es in unserem System dafür noch zu wenig Treppen, Türen und Wege.“

Wo es um die Geschichte, insbesondere um die Wirkung und Nachwirkungen von Mao geht, wird das Bemühen erkennbar, im Urteil seinen Leistungen gerecht zu werden. Aber an harten Aussagen fehlt es nicht. Rolf Geffken, der unterschiedliche linke China-Bilder vergleicht, fragt zum Beispiel: „Wie ist Maos Taktik zu erklären, durch Abwesenheit bei vielen Beratungen seine Vertreter ins offene Messer laufen zu lassen? Wie erklärt sich, dass er selbst wiederholt diametral unterschiedliche Positionen vertreten und diese auch jeweils durchgesetzt hat? Was hindert manche Zeitgenossen daran, die massenhaften Verbrechen der Kulturrevolution den Tatsachen entsprechend als Massenmord zu geiseln?“ Diese durchaus aufschlussreiche innerlinke Spurensuche setzt sich im Rezensionsteil fort. Wolfgang Fritz Haug fasst in diesem rundum lesenswerten China-Dossier übrigens mit seiner Betrachtung zur „Herr-Knecht-Dialektik in Chimerika“ ein Kernstück des oben besprochenen Buches zusammen.

haste

Schönes neues China.
Doppelheft von **Das Argument** – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften.

Argument-Verlag, Hamburg 2012,
335 Seiten, 24 Euro

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse

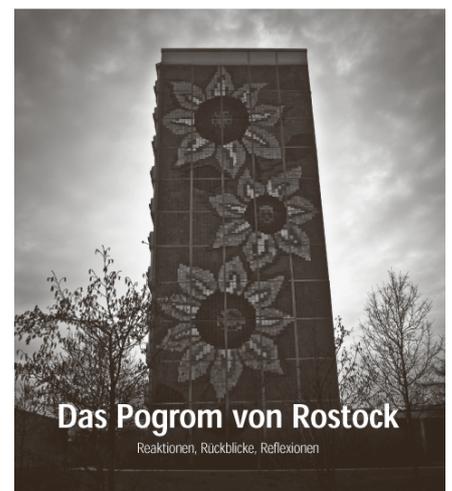


Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Anzeige

Antifaschistisches Blatt info

Nr. 95 | Sommer 2012



Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzel exemplar 3,50 Euro
Abo 17,50 Euro (fünf Ausgaben)

Warum haben wir Richard Müllers

Rezension

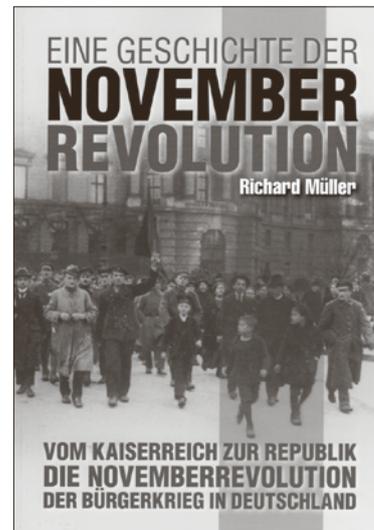
„Novemberrevolution“ neu herausgegeben?

Richard Müller verfasste seine Geschichte 1924/25 in drei Bänden: „Vom Kaiserreich zur Republik“, „Die Novemberrevolution“ und „Der Bürgerkrieg in Deutschland“, die 1973/74 vom Verlag Olle & Wolter nachgedruckt wurden und nur noch vereinzelt in Antiquariaten für 100 bis 150 € zu finden waren.

Müllers Revolutionsgeschichte war zwischen der einerseits SPD- und andererseits KPD-geprägten Geschichtsschreibung wie in der Versenkung verschwunden und fast verlorengegangen; sie ist im Grunde

ein wiederentdecktes Standardwerk. Das ergänzt und korrigiert einiges in den offiziellen Darstellungen der beiden Arbeiterparteien und schärft damit nicht nur den Blick auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart.

Darum haben Ralf Hoffrogge, Historiker und Autor der Müller-Biographie „Der Mann hinter der Novemberrevolution“ (Karl Dietz Verlag, 2008), und Jochen Gester, verantwortlich für das Medienportal *Die Buchmacherei* (www.DieBuchmacherei.de), mit meiner Hilfe als Lektor, Müllers



historische Trilogie in einem Band neu herausgebracht.

Dabei wurden ca. 1.500 Korrekturen in den gescannten Originalen gemacht und heute ungebräuchliche Begriffe erklärt. Die Orthographie wurde behutsam angepasst, Druckfehler des Originals berichtigt.

Wer war dieser Richard Müller?

Zwischen 1916 und 1921 zählte Richard Müller zu den einflußreichsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaft war seine Heimat, sein Freundeskreis, seine politische Identität. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband, seinerzeit die größte Gewerkschaft der Welt, galt er als der Anführer des linken Flügels.

Schon die großen Berliner Massenstreiks der Jahre 1916 bis 1918 hatte er illegal organisiert. In der Revolutionsregierung 1918 war Richard Müller Vorsitzender des „Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“, also Kopf des ranghöchsten Räteorgans, und verteidigte die politischen Ideale einer sozialistischen Gewerkschaftsbewegung.

Die „Revolutionären Obleute“ der Betriebe waren ein Ergebnis seines Organisationstalents, ein Musterbeispiel für die Verbindung von



DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression



Schwerpunkt der Ausgabe 3/2012: **Knast**

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:

Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Abonnieren:

Rote Hilfe e. V., Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

Geheimhaltung und Masseneinfluß. Ihr politischer Kurs war trotz aller Radikalität pragmatisch. Wenn die Zeit reif war und es ums Ganze ging, dann schlugen sie ohne Angst vor persönlichen Konsequenzen zu. Sie vermochten diszipliniert und geschlossen zu handeln und gaben ihre Unabhängigkeit nie auf.

Was ist das Besondere an Müllers „Novemberrevolution“?

Richard Müller schreibt Geschichte „von unten“. Er ist Zeitzeuge, schildert authentisch die Rolle von SPD, Spartakusbund, USPD und KPD in jenen revolutionären Zeiten. Müller erzählt keine Anekdoten, sondern unterbreitet Einschätzungen und Dokumente, die es den LeserInnen erlauben, sich ein eigenes Bild von den geschilderten Vorgängen zu machen.

Dabei stützt sich Müller auf einen großen Fundus von Originalquellen, darunter vielfach zum ersten Mal veröffentlichte Aufrufe und Flugblätter, vor allem auf die einzig erhaltenen kompletten Abschriften

der Protokolle des Berliner „Vollzugsrates“, die nur durch Richard Müllers Einsatz überhaupt für die Nachwelt gerettet wurden.

Aus der „Novemberrevolution“ lernen: Räte-Gedanken entwickeln – rechten Terror bekämpfen!

Deutschland 1918/19: Räteverfassung? Wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden? Alles schien möglich.

Die Krise heute eröffnet eine neue gewerkschaftliche Debatte um die Demokratie im Betrieb: Kann der Räte-Gedanke die Entwicklung der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung befruchten? Diese Frage stellt sich nicht nur Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräten. Das ist auch ein aktuelles gesellschaftliches Thema, zum Beispiel in Manfred Sohns Buch „Der dritte Anlauf. Alle Macht den Räten“ (PapyRossa Verlag, Köln 2012), oder in „Jenseits des Kapitalismus – Grundrisse einer libertären und solidarischen Gesellschaft“ von

Gerhard Stange in *Die Aktion* Nr. 219 (Edition Nautilus, 2011).

Was heißt, aus der Geschichte lernen? Was sagt uns „Eine Geschichte der Novemberrevolution“ von Richard Müller, eine marxistische Analyse der Revolution 1918/19 gegen Krieg und Kaiser, für eine sozialistische Republik, die durch einen Bürgerkrieg von rechts zum Faschismus führte?

Mit historischen Belegen weist Müller akribisch nach, dass es keinen Bürgerkrieg von links gab, dass der Bürgerkrieg von rechts geführt wurde. Terror und Mord gingen aus von der politischen Rechten. Über 90 Jahre später stellt sich ein aktueller Bezug her zum faschistischen Terror bei staatlicher „Blindheit“, vom Münchener Oktoberfest 1980 bis zu den neonazistischen Anschlägen, Raubüberfällen und Morden in den letzten Jahren.

Rainer Knirsch

Richard Müller:

Eine Geschichte der Novemberrevolution. Die Buchmacherei, Berlin 2011, 5. Auflage der erweiterten Neuauflage, 790 Seiten, 22,95 € ISBN: 978-3-00-035400-7.

Anzeige

Konzern Kritik vor dem Aus!



Coordination gegen BAYER-Gefahren braucht 350 neue Fördermitglieder

Klima, Pestizide, Food, Nanote, Tierversuch, Giftmüll, Lipobay, Duogynon, Bienensterben, Antibaby-Pillen, Kinderar...

Kostenlose Infos anfordern. info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org

Spenden an GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: info@CBGnetwork.org

Ja, ich werde Fördermitglied.

Ich stärke das weltumspannende konzern- und globalisierungskritische Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Ich werde Fördermitglied und erteile diese Einzugsvollmacht.

Ich zahle Euro

monatlich (Förderbeitrag durchschnittlich 5 bis 10 Euro je Monat, niedrigere Beiträge sind möglich).

Der Betrag soll monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich abgebucht werden.

Name: _____ Vorname: _____
Straße, Hausnr.: _____ PLZ, Ort: _____ Alter: _____
Bank: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

Gratis: Wenn Sie Fördermitglied werden, dann erhalten Sie das Magazin **Stichwort BAYER** und den Informationsdienst **TICKER** kostenlos viermal jährlich.



Rezension **Kommunistische Kritik an den Irrtümern der Bewegung ist nützlich**

Das Buch behandelt die wechselvolle Geschichte der kommunistischen Bewegung und der ersten großen Versuche, den Sozialismus in die Realität umzusetzen. Dabei beschränkt sich der Autor im wesentlichen auf Europa und den Fernen Osten. Wie kaum ein anderer zeitgenössischer Marxist kennt Bergmann die sozialistischen Bewegungen Indiens, Chinas, Vietnams, Japans u. a. aus eigener Anschauung. Bergmann, Jahrgang 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart, ist seit über 80 Jahren politisch aktiv und veröffentlichte bereits zahlreiche Bücher zur internationalen sozialistischen Bewegung.

Die ersten zwei Kapitel fassen die Leistungen der Kommunisten in Osteuropa und Fernost zusammen und stellen die Leninschen Prinzipien in der Außen- und Nationalitätenpolitik dar. Mit dem Ausscheiden Lenins und der Verdrängung der erfahrenen Marxisten aus der Führung der Parteien beginnt der Niedergang; die Parteien der Komintern werden zu verlängerten Armen der Stalinschen Innen- und Außenpolitik. Jetzt gibt es keine Debatte mehr über die prinzipiellen Fragen, die am Anfang der historischen Spaltung zwischen Reformisten und Revolutionären stand. Die Kader der KPdSU und die ausländischen Kommunisten in der UdSSR, die diesen Kurs ablehnten, wurden in der großen „Säuberung“ vernichtet – ein gewaltiger Aderlass mit verheerenden Folgen.

Aber diese erzwungene Einstimmigkeit ließ sich nicht aufrechterhalten, sobald andere Parteien aus eigener Kraft die Macht eroberten. Die Bewegung differenzierte sich, wurde erneut vielfältig und folgte verschiedenen Modellen. Dagegen versuchte Stalin, den durch die Rote Armee vom Faschismus befreiten Ländern sein Modell in allen Bereichen überzustülpen und verhinderte damit die Entfaltung der Initiative der Werktätigen. Die Reformversuche von Gomulka, Chruschtschow, Gorbatschow, Dubček u. a. scheitern an einer erstarrten Bürokratie.

Die KP Chinas, die vom neunten Kapitel an im Vordergrund steht, weist einige Analogien zur KPdSU auf, aber auch entscheidende Unterschiede. Es gab zwar immer den „Kampf zweier Linien“, aber auch eine antidemokratische Machtkonzentration in den Händen der dominierenden Gruppe um Mao Zedong. Den Moskauer „Säuberungen“ entsprachen die Exzesse der „Großen proletarischen Kulturrevolution“. Ministerpräsident Zhou Enlai konnte viele vor Verfolgungen bewahren. Nach einem turbulenten Führungswechsel (1976-1978) konnte der Reformler Deng Xiaoping erneut an die Schaltstellen kommen und nach Debatten eine erfolgreiche Reform einleiten – auch hier Analogien zum Führungswechsel in der UdSSR. In einem Exkurs versucht Bergmann den linken Kritikern die chinesischen Reformen zu erklären und bezieht sich hierzu auf Lenins NÖP.

Kapitel 12 zeigt, dass in der KP Chinas immer ein anderes Kommunismusverständnis als das Stalins vorhanden war und sich allmählich gegenüber den Fehlern Maos durchsetzen konnte. Liu Shaoqi wurde rehabilitiert, Zhou Enlai, Zhu De und Deng Xiaoping hatten die Kulturrevolution überlebt und die Gesellschaft auf den Weg einer erfolgreichen Reform geführt.

In den Kapiteln 12 bis 15 werden die vier öffentlichen Debatten dargestellt, die den Reformen vorangingen. Die Chinesen versuchten das Vertrauen in ihre Führung zu stärken durch jeden Schritt diskutierende Debatten; man will überzeugen, nicht mehr kommandieren. So versucht man demokratische Methoden und Institutionen zu entwickeln, die es vor der Revolution nicht gab. Für den Führungswechsel im Zehnjahresrhythmus werden Regeln aufgestellt und eingehalten. Die Opfer der „Kulturrevolution“ wurden öffentlich rehabilitiert. Eine Selbstkritik des Fehlers vom Juni 1989 – der Militäreinsatz am Tian An Men – steht bisher noch aus; sie kommt vielleicht, wenn die Verantwortlichen für diesen Fehler nicht mehr leben.

In einem Interview in der ausländischen Presse legte Deng Xiaoping

1980 die Probleme der Mao-Ära offen dar, erläuterte den Druck Maos und der Viererbande gegen die Reformer und sprach von den „Plagen unseres Systems“, die er erläutert und mit deren Bekämpfung er begann. Damit ging er weit über die Erklärungen hinaus, die die Irrwege allein auf den Personenkult schoben. Andere sozialistische Länder, Kuba, Vietnam, sogar Nordkorea, beobachteten die erfolgreichen Reformen in China und übernahmen diese „neue ökonomische Politik“.

In den letzten fünf Kapiteln werden einige grundsätzliche Fragen diskutiert: Wesen des Stalinismus, die Rolle der Persönlichkeit in der Deformation und in der Erneuerung, die Veränderung der Zielvorstellungen von der Weltrevolution zur friedlichen Koexistenz und dem Systemwettbewerb. Analogien und Unterschiede in den Prozessen in der UdSSR und der VR China werden deutlich. Ostasien wurde zum neuen Schwerpunkt der kommunistischen Bewegung. Der Autor hofft, das sei nur zeitweilig. Die noch immer kommunistisch regierten Länder sind Entwicklungsländer; ihre Modelle sind für hochindustrialisierte Länder nicht kopierbar.

Ohne Zweifel berührt Bergmanns Buch die Kernfragen der Diskussion der Linken, ist zielgerichtet und prägnant geschrieben. Er fasst alle wichtigen Kinderkrankheiten des

Fortsetzung auf Seite 36

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle. Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980.

192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

internationalen Kommunismus zusammen, lässt die Ketzler und Warner zu Wort kommen und fasst die wichtigsten Kritiken und Leistungen der Bewegung zusammen. Weil Bergmann überall Partei ergreift, ergeben sich natürlich auch kritische Einwände. Der Rezensent teilt durchaus nicht alle Einschätzungen bestimmter Parteienkämpfe, etwa der große Konflikt zwischen der UdSSR und China, den Bergmann auf Auseinandersetzungen zwischen Chruschtschow und Mao reduziert, obwohl der Konflikt erst ab 1963/64 („Polemik über Generallinie“) offen ausgetragen wurde, als Breschnew auf der sowjetischen und Liu Shaoqi, Zhou Enlai und Deng Xiaoping auf chinesischer Seite verantwortlich waren (Mao war zu dieser Zeit praktisch entmachtet). Zu milde erscheint dem Rezensenten auch das Urteil über die Politik von Breschnew und Le Duan,

sowie die sowjetische „Theorie der beschränkten Souveränität“, die in Prag 1968 demonstriert wurde; alles fragwürdige Unterfangen, die dazu beigetragen haben, den Kommunismus weltweit zu diskreditieren.

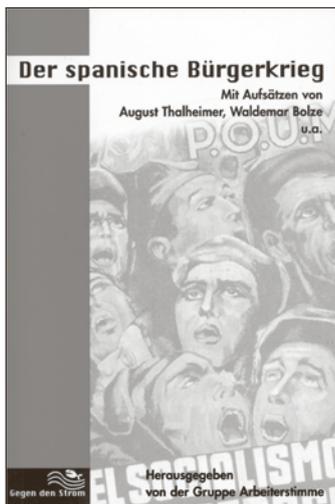
Die wichtigsten Lehren aus der Geschichte, die Bergmann der kommunistischen Bewegung mit auf den Weg gibt, sind in den letzten Kapiteln 23 und 24 „Eine vorläufige Bilanz und Perspektiven“ und in seinen „Thesen“ zusammengefasst. Bergmanns Résumé macht Mut und endet mit einer optimistischen Perspektive, weil er gezeigt hat, dass Kommunisten aus ihren Fehlern lernen und diese korrigieren können. Er widerlegt die zwei üblichen „Gleichungen“: *Kommunismus = Stalinismus* bzw. *Maoismus*; und *Antistalinismus = Antikommunismus*.

Besonders aufschlussreich sind die wichtigen Dokumente im Anhang,

die vergessen oder hier unbekannt sind, u. a. Warnung Lenins vor Stalin, das Interview von Deng Xiaoping 1980 und die selbstkritische Resolution der KP Chinas von 1981. Bergmanns Buch weist nicht nur nach, dass der Marxismus große Denker hervorgebracht hat, sondern vor allem, dass kommunistische Kritik an den Irrtümern der Bewegung nützlich und vorwärtsweisend ist. Sie ist das Gegenteil des bürgerlichen Antikommunismus. Ein lesenswertes und diskussionswürdiges Buch.

Heiner Jestrabek

Theodor Bergmann:
Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege – Kritik – Erneuerung.
2012, VSA Hamburg,
240 Seiten, 19,80 €,
ISBN: 3899654927.



240 Seiten, Paperback, € 12,-

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

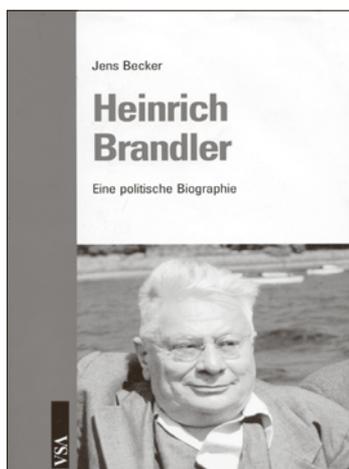
Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute

andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

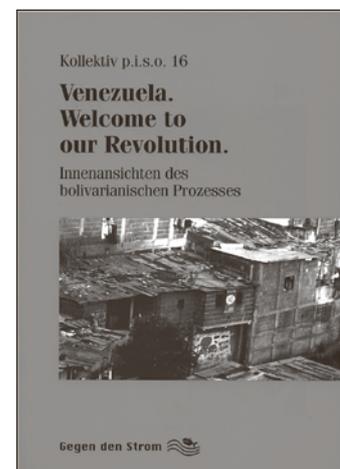
Bestelladresse: T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



510 Seiten, Paperback, € 20,-



624 Seiten, Paperback, € 20,-



168 Seiten, Paperback, € 10,-